Nr. 43 Hamburg, den 26. Oktober 1907 20. Jahrgang

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰.

Inhalt: Volkskampf für Volksrecht. — Das Wesen des amerikanischen Trades Unionism. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Französischer Bauarbeiterverband. — Zentralkrankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen rc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Anzeigen.

Volkskampf für Volksrecht.

Bald werden zwei Jahre vergangen sein, seitdem die Sozialdemokratie sich anschickte, den Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlsystem und für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zum preußischen Landtag aufzunehmen. Unter fanatischen Anfeindungen von seiten aller bürgerlichen Parteien, auch der sogenannten „Freisinnigen“, unternahm sie im Jahre 1906 ihre großartige Demonstrationsaktion. Viele hundert Volksversammlungen forderten einmütig und kategorisch das Volksrecht.

Das war um so bedeutsamer, als bis dahin weder der Liberalismus noch das Zentrum im preußischen Landtage jemals einen ernsthaften Versuch gemacht hatten, das Dreiklassenwahlunrecht zu beseitigen. In neuester Zeit nun ist der an der famosen „Blockpolitik“ beteiligte „Freisinn“ dazu übergegangen, sich, wie er sagt, „der Sache ernsthaft anzunehmen“. Er fordert „Wahlrechtsreform“. Aber seine leitenden Größen treiben da wieder eine Politik der Halbheit und Inkonsequenz. Statt, wie die Sozialdemokratie, energisch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu fordern, wollen sie sich auf einen Schacher mit der Regierung einlassen, die natürlich weit davon entfernt ist, dieses Wahlrecht gewähren zu wollen. Nur wenige Freisinnige sind so ehrlich und konsequent, in diesem Punkte der Sozialdemokratie zu folgen. Und doch wagen die leitenden „freisinnigen“ Kautschukpolitiker zu bramarbasieren, sie wollten eine Volksbewegung ins Werk setzen! Das ist eine recht dumme Anmaßung. Solch eine Bewegung werden sie niemals zu stande bringen. An das Volk mit Erfolg zu appellieren, das vermag nur noch die Sozialdemokratie — ihre politische Organisation im Bunde mit den freien Gewerkschaften. Sie wird denn auch in dieser Sache nach wie vor selbständig und ohne Rücksicht auf den Liberalismus vorgehen.

Vor allen Dingen ist es nötig, die Arbeiterklasse aufzuklären über das, um was es sich handelt. An dieser Aufklärungsarbeit mitzuwirken, ist Pflicht der Gewerkschaftspresse. Wir wollen nun zunächst einen Blick werfen auf die Entstehung des preußischen Standes- und Klassenparlamentarismus.

Der preußische Landtag ist ein Doppelparlament, gebildet aus dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus. Er ist ein Hohn auf die Begriffe „Volksvertretung“ und „konstitutioneller Rechtszustand“. Seine Entstehung beruht nicht auf einem wirklichen Rechtsakt, sondern auf Akten schnödester Willkür der preußischen Krone; er ist die Frucht eines Verbrechens monarchischer Diktatur wider Recht und Volk. Diese Tatsache soll und darf nicht vergessen werden. Kein Stück klassenstaatlicher „Ordnung“ hat weniger eine wirkliche Rechtsgrundlage als dieses. Im Jahre 1848 war das preußische Volk aufgestanden, um dem monarchischen Absolutismus ein Ende zu machen, sich einen verfassungsmäßigen Rechtszustand, vor allen Dingen eine wahre Volksvertretung zu erkämpfen. Noch im Jahre zuvor hatte der König Friedrich Wilhelm IV. die hochmütige Erklärung abgegeben, daß es keiner Macht der Erde je gelingen werde, ihn zu bewegen, „das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk“, d. h. das Verhältnis der unbedingten Abhängigkeit des Volkes vom Willen des Fürsten, in ein konstitutionelles zu verwandeln“.

Aber die Revolution dämpfte diesen Hochmut. Als gegenüber der „unantastbaren Autorität“, die sich das Königtum angemaßt, das Volk energisch seine Autorität, den unverjährbaren Anspruch auf seine Rechte geltend machte und verfocht — da sah sich derselbe Herrscher „von Gottes Gnaden“ genötigt, in dem Aufruf an sein Volk vom 21. März 1848 diesem die „Einführung einer wahren konstitutionellen Verfassung“ zuzusichern. Durch das Wahlgesetz vom 8. April 1848 sollte nach der ausdrücklichen Erklärung des Königs dem konstitutionellen Wesen die breiteste Grundlage gegeben werden. Nach diesem Gesetz war jeder Preuße, der das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte infolge rechtskräftigen Erkenntnisses verloren hatte, stimmberechtigter Urwähler in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hatte. Das war ein allgemeines und gleiches Wahlrecht. Dann sollte für Preußen die Aera des „modernen Rechtsstaates“ beginnen. Seitdem war alles das, was nicht auf Grund der Beschlüsse der diesem Wahlrecht entsprungenen Nationalversammlung vereinbart würde, gesetzwidrig. Der von der Regierung der Nationalversammlung vorgelegte Verfassungsentwurf machte das allgemeine Wahlrecht zur Norm. Aber inzwischen war infolge der politischen Zerfahrenheit und Impotenz des Bürgertums die Kraft der Revolution erlahmt. Die Gegenrevolution begann. Die reaktionären Gewalten brachen gelobtes Recht. Unter dem Vorwande, daß die Nationalversammlung „die Fackel der Anarchie in das Land schleudere“ und „den ganzen Staat dem Umsturz preisgeben“ wolle, wurde sie durch Verfügung des Königs aufgelöst. Gleichzeitig wurde die aufgedrungene Verfassung und ein neues Wahlgesetz veröffentlicht, das ein erheblich verschlechtertes Wahlrecht enthielt. Aber noch ehe es in dem so zu stande gebrachten neuen Parlament zu entscheidenden Beratungen kam, verfiel es auch wegen seiner oppositionellen Haltung der Auflösung. Und dann erschien am 30. Mai 1849 die königliche Verordnung, durch die für das Abgeordnetenhaus das Dreiklassenwahlsystem der Urwähler eingeführt wurde, um, wie es in der nächsten Thronrede hieß, den grellen Widerspruch auszugleichen, worin sich bisher die Ausübung des allgemeinen Stimmrechts mit der Natur der wirklichen Lebensverhältnisse befand.“

Damit war der Sieg der reaktionären Gewalten über die Revolution des Bürgertums vollbracht und die unumwundene Anerkennung des fluchwürdigen, verderblichen Prinzips der Klassenherrschaft in der Gesetzgebung vollzogen. So kam das für das preußische Abgeordnetenhaus noch geltende Wahlsystem zu stande und der König konnte wagen, sich wieder als absoluter Herr zu gerieren, in seiner nächsten Thronrede den gewählten Volksvertretern zu sagen, daß er von ihnen Untertanentreue, Ehrfurcht und unbedingten Gehorsam gegen das Königtum verlange!

Es steht also außer Zweifel, daß das geltende Dreiklassenwahlsystem absolut rechtswidrig ist. Es hat, ebenso wie die ganze gewaltsam aufgenötigte und dann noch gewaltsam revidierte sogenannte preußische „Verfassung“, nicht die Legitimation des Rechtes für sich; es hat noch nicht einen Tag zu Recht bestanden. Es steckt darin kein besseres „Recht“, als im russischen Absolutismus. Was dies System wert ist, darüber hat selbst Fürst Bismarck mit seinem Urteil nicht zurückgehalten; er hat es öffentlich als das „elendeste und erbärmlichste aller Wahlsysteme“ bezeichnet.

Die Tendenz dieses Wahlsystems ist, den besitzenden Klassen ein Privileg der Mitwirkung an der Gesetzgebung einzuräumen, die großen Massen der arbeitenden Bevölkerung von der Teilnahme an der Bestimmung des Volkswillens und des Volkszweckes auszuschließen, sie politisch zu entrechten. Der große Besitz soll sich mit den reaktionären Staatsgewalten teilen in die Herrschaft über das Volk. Das Klassenwahlrecht ist die handgreiflichste und brutalste Form der Klassenherrschaft, die denkbar schwerste Versündigung am Grundprinzip der politischen Gerechtigkeit. Eine Minderheit des Volkes wird begünstigt zum Nachteil der Mehrheit. Jetzt gibt es in Preußen etwa neun Millionen Staatsbürger, die als „Landtagswähler“ gelten. Von ihnen haben die ungefähr 220 000 Urwähler der ersten und die ungefähr 750 000 Urwähler der zweiten Klasse doppelt so viel Wahlrecht als die acht Millionen Urwähler der dritten Klasse, welche die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung umfaßt. Der Reichste, der Staatsbürger, der am meisten Steuern zahlt, hat das meiste politische Recht!

Und nicht nur diese für einen modernen „Rechtsstaat“ geradezu schmachvolle Ungerechtigkeit charakterisiert das preußische Dreiklassenwahlsystem, sondern auch der Umstand, daß die Stimmabgabe öffentlich ist; der Wähler muß vor dem Wahlvorstande den Namen dessen nennen, dem er seine Stimme geben will. Damit wird den Massen der Wähler, die sich in sozial und wirtschaftlich abhängiger Stellung befinden, die Wahlfreiheit genommen; sie können nicht ihrer Ueberzeugung gemäß stimmen, ohne sich der Gefahr frivoler Maßregelung auszusetzen.

Daß ein solches Wahlsystem nicht den Volkswillen zum Ausdruck bringen kann, sowie daß es Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit in politischen Angelegenheiten erzeugt, ist klar. Die Massen der Wähler, die zur arbeitenden Bevölkerung gehören, haben ihm bis in die neueste Zeit hinein ihre grundsätzliche Verachtung durch Wahlenthaltung bekundet. Aber weshalb hat denn die sozialdemokratische Partei Preußen vor einigen Jahren sich zur Beteiligung an den Landtagswahlen entschlossen? Aus guten taktischen Gründen: Es kam ihr wesentlich darauf an, zu bewirken, daß durch die Beteiligung größerer Massen an den Landtagswahlen die ganze monströse Ungerechtigkeit und Lächerlichkeit des geltenden Privilegienwahlrechts vor aller Welt recht drastisch bewiesen wird. Der Wahlkampf war die Einleitung der Wahlrechtsbewegung, des Kampfes für eine wahre Volksvertretung auf demokratischer Grundlage. Ende Dezember 1904 hat der in Berlin zusammengetretene Parteitag der Sozialdemokratie Preußens beschlossen, in diesen Kampf mit aller Energie einzutreten. Mit jenem Parteitage sagen wir: daß der erste und notwendige Schritt zur Niederwerfung der unheilvollen Reaktion in Preußen der Sturz des bestehenden Standes- und Klassenparlamentarismus ist. Die Sozialdemokratie fordert: Die völlige Beseitigung des Junkerparlaments, genannt „Herrenhaus“, und für das Abgeordnetenhaus als einziges Staatsparlament die Erteilung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe für alle staatsangehörigen Männer und Frauen, die das zwanzigste Lebensjahr überschritten haben, nach Maßgabe des Proportional-Wahlsystems.

Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß sich das arbeitende Volk in Preußen dazu aufrafft, kategorisch sein politisches Recht zu fordern, den herrschenden Gewalten zu beweisen, daß es fest entschlossen ist, alle seine Kraft einzusetzen für die Erringung dieses Rechtes, wovon für seine Freiheit und sein Wohlergehen so viel abhängt.

Jeder soll bedenken, daß sich das preußische Junker- und Dreiklassenparlament schwerster Versündigung am Volke schuldig gemacht hat. Immer war die Tätigkeit der privilegierten „Volksvertreter“ gerichtet auf Festigung und Ausgestaltung der Standes- und Klassenherrschaft, auf Entrechtung, Fesselung, Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Man blicke hin auf Oesterreich, auf die gewaltigen Wahlrechtskämpfe, die sich dort abgespielt haben und auf ihre Erfolge. Auch in Sachsen erhebt die Arbeiterklasse mit immer größerer

Wucht die Forderung nach Beseitigung des Klassenwahlsystems. In den Staaten Süddeutschlands hat sich eine fortschreitende Entwicklung zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht vollzogen; Bayern, Baden und Württemberg haben bereits eine erhebliche Wahlrechtsform erreicht. Soll Preußen zurückbleiben? Ist das Zurückbleiben des größten deutschen Staates und seines Volkes würdig? Auf diese Frage muß die preußische Arbeiterschaft immer wieder aufs neue eine klare und bündige Antwort geben, eine Antwort, so kräftig und durchschlagend, daß die herrschenden Gewalten und Klassen nicht wagen dürfen, ihrer dauernd zu spotten. Sie muß die Regierung und die reaktionären Parteien zwingen zum Fortschritt im Recht!

Das Wesen des amerikanischen Trades Unionism.

(„The Bricklayers and Masons Union".)

II.

Die Mitgliederzahl der der „Federation" angegliederten Gewerkschaften wird auf beiläufig zwei Millionen geschätzt, jedoch umfaßt sie nicht alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. So steht z. B. „The Western Federation of Miners" (Der Grubenarbeiterverband des Westens), dessen Vorstand in den Personen Moyer, Haywood und Pettybone durch den vor wenigen Monaten abgeschlossenen großen Mordprozeß in Idaho, der mit einem glänzenden Freispruch des Hauptangeklagten Haywood endigte, weltbekannt geworden ist, außerhalb der „Federation".

Auch die „Internationale Backsteinleger- und Steinmaurervereinigung" („B. & M. J. U"), wie sie sich in amerikanischer Abkürzung nennt, hat sich der „Federation" noch nicht angeschlossen, wenn schon sie im letzten Jahre die Anschlußfrage erörtert hat. Mit ungefähr 150 000 Mitgliedern erstreckt sich die „B. & M. J. U.", wie fast alle amerikanischen Unions, über die ganzen Vereinigten Staaten und Kanada. Sie ist nach der Methode aller übrigen Unions organisiert und auch ihre Ziele und Tendenzen sind wesentlich dieselben.

In einer kurzen Einleitung zum Verbandsstatut der „B. & M. J. U." ist ihre Tendenz in einer Art Programm niedergelegt. Es heißt da: „Gott in seiner unendlichen Weisheit hat alle Menschen mit bestimmten, unveräußerlichen, ewigen Rechten ausgestattet, wie: dem Recht auf Existenz, Streben nach Wohlergehen und Glückseligkeit usw. Da nun das Bestreben der Unternehmer dahin geht: den Arbeiter zu unterdrücken, seine soziale Lage zu verschlechtern und ihm den gerechten Anteil am Arbeitsertrag zu versagen, sie sich noch zu diesem Zweck vereinigen, so hat uns die Erfahrung gelehrt, daß wir nur durch die Vereinigung uns unser Recht und gerechten Anteil am Ertrage der Arbeit sichern können. Das soll geschehen durch Anwendung friedlicher und gesetzlicher Mittel. In der Erkenntnis, daß Selbsterhaltung das erste Naturrecht ist, daß wir alle frei und gleich erschaffen sind und daß kein Mensch ein Recht hat, sich über den anderen zu erheben, keine Ehrung für sich zu beanspruchen hat, als die seiner Ehre und Tugenden entsprechende, und daß weiter derjenige, der frei sein will, sich gegen Unterdrückung verteidigen muß, schließen wir uns zu diesem Zweck zur Wahrung unserer gmeinsamen Interessen in einer Organisation zusammen."

Als besondere Zwecke und Ziele der Organisation werden bestimmt: „Besserung der sozialen und finanziellen Lage der Mitglieder, nach der Devise: „Einer für alle und alle für einen", durch gegenseitige moralische und finanzielle Unterstützung; Erringung eines gerechten, angemessenen Lohnes und vernünftiger Arbeitszeit." — Zum Schluß wird noch einmal deutlich der Versicherung Ausdruck verliehen, „daß wir weder ein Gesetz, das Reichtum über persönlichen Fleiß und Verdienst stellt, noch überhaupt gesellschaftliche Unterschiede anerkennen, die nicht begründet sind auf persönlichen Wert und Nützlichkeit des Menschen und daß keine Autorität anzuerkennen ist als die Gottes („By the great Architect"). Für die Redlichkeit unserer Absichten und Bestrebungen, die wir in den folgenden Statuten niederlegen, rufen wir Gott zum Zeugen an."

So der fingetreue Inhalt des „Programms".

Auffallen wird hier vor allem der religiöse Beigeschmack, den diese „Prinzipienerklärung" durch die wiederholte Berufung auf „Gott" erhält! Ohne den Segen Gottes geht es nun einmal bei den amerikanischen Trade-Unions nicht, und die Eröffnung und Schließung ihrer Kongresse durch das Gebet eines seiner irdischen „Stellvertreter" ist eine stehende Einrichtung. Und da nach dem alten Fritz „der liebe Gott immer mit den stärkeren Bataillonen ist", die Organisation der B. & M. J. U. aber ein solch' „starkes Bataillon" im Berufe darstellt, so bleibt auch ihr der „Segen Gottes" nicht ganz aus!

Die ideellen Deklarationen und Deklamationen des „Programms" können ebensowenig mehr als platonischen Wert beanspruchen, wie weiland die „Unabhängigkeits-Erklärung" der 13 Staaten von Nordamerika oder die Verkündigung der „Menschenrechte" in der großen französischen Revolution! Wir werden das im Verfolg unserer Darlegung über die Art und Weise, wie sich diese idealen Momente in der praktischen Betätigung der Organisation widerspiegeln, noch näher zeigen.

Die Organisation setzt sich zusammen aus den lokalen Unions, die, bei aller Anerkennung des internationalen Statuts, dem sie unterworfen sind, eine große Autonomie genießen. In den größeren Städten, wie Newyork, Chikago, St. Louis, bestehen bis zu drei lokaler Unions nebeneinander. Für gewöhnlich bilden die Backsteinleger eine Union für sich; ebenso die Bruchsteinmaurer und die Putzer, die gleichfalls in der Internationalen Union vereinigt sind. Nur in den Orten, wo die geringe Zahl der Berufsangehörigen oder andere Umstände die Organisation von Spezial-Unions nicht angängig erscheinen lassen, wird die Gründung gemischter Unions gestattet. Jeder Backsteinmaurer hat natürlich das Recht, den Versammlungen der Steinmaurer beizuwohnen und umgekehrt. Von diesem Rechte wird aber in der Regel nur insoweit Gebrauch gemacht, daß man gegenseitig Delegierte entsendet und auf diese Weise die notwendige Fühlung miteinander behält.

Das Statut hat ganz genau die Grenzen gezogen zwischen der Arbeit eines Backsteinlegers und der eines Steinmaurers oder Putzers. Und so ohne weiteres kann man nicht von einem Beruf in den anderen übertreten, es sei denn, daß praktisch der Nachweis erbracht wird, daß man in allen drei Berufen firm und tüchtig ist. Jedoch auch dann hat es noch seine Schwierigkeiten, da jede Spezialgruppe eifrig darüber wacht, daß ihre Konkurrenzen nicht verletzt und ihr nicht zu große Konkurrenz durch andere Gruppen geschaffen wird.

Von dem letzteren Bestreben läßt sich auch die Internationale Union leiten, wenn sie in ihren Statuten festlegt: Daß nur amerikanische oder kanadische Bürger, oder solche, die mindestens das „erste Papier" dazu erworben haben, in die Organisation aufgenommen werden. Die Aufnahme wird weiter abhängig gemacht von dem Gutachten einer von der Union bestellten Kommission, die an Ort und Stelle den zur Aufnahme Angemeldeten auf sein praktischen Fähigkeiten und Leistungen als Bricklayer 2c. prüft. Diese Kommission hat die schriftlich einzureichende Aufnahmebewerbung zur Mitgliedschaft zu unterschreiben. Weigert sie sich dessen und erklärt sie den Bewerber nicht für allright, so wird er nicht aufgenommen, und er kann dann die Reihen der in diesem Falle zu Unrecht gehaßten Scabs (nicht organisierte Streikbrecher) verstärken, wenn er dazu überhaupt Gelegenheit findet. Andernfalls bleibt ihm nichts anderes übrig, wie den Beruf zu wechseln. Viele deutsche nach Amerika ausgewanderte Maurer können ein Lied davon singen; denn es sind nur sehr wenige, die sofort den Anforderungen der amerikanischen Arbeitsmethode gewachsen sind!

Die Aufnahmegebühr bewegt sich zwischen 10 und 25 Dollar* (M. 40 bis 50). An kleineren Orten beträgt sie in der Regel 15, in größeren Städten 25 Dollar. Der Aufnahmesuchende hat sich zunächst einen Erlaubnisschein (permit) von der Union zu verschaffen, damit er überhaupt in Arbeit treten kann. Kann er seinen Arbeitsplatz behaupten, d. h. wird er nicht gleich wieder in der ersten Stunde entlassen, so wird ihm durch den „Steward" (Baudeputierten) für jeden Arbeitstag solange ein Dollar zurückbehalten, bis die Aufnahmegebühr bezahlt ist. Meist wird das auf Veranlassung des „Stewards" gleich durch die Firma besorgt, die dann den für die Union zu zahlenden Betrag direkt vom Lohne abzieht und an den „Steward" aushändigt. Der „permit" muß von Woche zu Woche erneuert werden, und innerhalb sechs Wochen soll in der Regel die Aufnahme in die Union erfolgt sein. Die Aufnahme selbst erfolgt dann in einer feierlichen oder auch lächerlichen Form. Dem „Kandidaten" werden eine ganze Reihe von Fragen zur Beantwortung vorgelesen: Sind Sie Bürger der Vereinigten Staaten? Wenn nicht, haben Sie bereits Schritte getan, es zu werden? Wann und wo? Waren Sie bereits früher Mitglied? Ist Ihr Aufnahmegesuch jemals abgewiesen worden? Und dergleichen mehr. Eine Verneinung der ersten beiden Fragen ist gleichbedeutend mit einer Abweisung der Aufnahme. Durch Ablegung eines „Schwurs", daß er jederzeit mit allen Kräften für die Interessen der Union eintreten, alle Beschlüsse derselben hochhalten wird, vollzieht sich dann die definitive Aufnahme des Kandidaten. Die anwesenden Mitglieder geben der Handlung noch eine besondere Weihe dadurch, daß sie sich während dieses Vorganges von den Sitzen erheben. Dann wird das neue Mitglied mit den Gebräuchen bekannt gemacht, die beim Eintritt in die Versammlung und während derselben zu beobachten sind; der Präsident flüstert ihm das „Pass-Word" (Stichwort) ins Ohr, und befreit aufatmend kann das Mitglied seinen Platz einnehmen.

Die Beiträge sind immer für drei Monate im voraus zu zahlen und schwanken zwischen 35 und 75 Cent (ungefähr 4 ₰ = 1 Cent) für den Monat. Als Quittung darüber wird eine kleine Karte verabfolgt, deren Farbe von Quartal zu Quartal wechselt. Diese Karte ist zugleich der Ausweis, daß der Inhaber ein vollberechtigtes Mitglied der Organisation ist und Berechtigung hat zur Arbeit auf Bauten, wo „Union Bricklayer" beschäftigt sind. Das Arbeiten auf Bauten, wo Unorganisierte beschäftigt sind, ist dem „Unionman" nur so lange gestattet, als die Organisierten in der Minderheit sind. Sobald das umgekehrte Verhältnis eintritt, müssen sie den Versuch machen, die Unorganisierten zum Eintritt in die Union zur Anerkennung zu bringen oder, wenn das nicht gelingt, die Arbeitsstelle verlassen.

Ist es einem Mitglied der Union nicht möglich, seine Beiträge zu Beginn des Quartals im voraus zu bezahlen, so ist es gezwungen, sich einen „permit" vom Kassierer ausstellen zu lassen, der immer nur für eine Woche Gültigkeit hat. An manchen Orten sind für einen solchen Arbeitserlaubnisschein bis zu 25 Cents zu zahlen. Auf diese Weise kann dann das betreffende Mitglied bis zu fünf Monaten mit seinen Beiträgen im Rückstande bleiben. Erfüllt es im sechsten Monat seine Beitragspflichten nicht, so erfolgt sein Ausschluß, und die Wiederaufnahme kann nur durch Bezahlung der im Statut festgesetzten Aufnahmegebühr und Erfüllung aller der bei einer Neuaufnahme statutarisch festgelegten Bedingungen erfolgen.

Mitglieder, die sich nach einem anderen Orte begeben, erhalten unter Zurückgabe ihrer Arbeitskarte eine sogenannte „Traveling-card" (Wanderkarte) ausgestellt, worauf die die Karte ausfolgende Union bescheinigt, daß der Inhaber ein Mitglied der Union ist und an die anderen Lokal-Unions empfohlen wird. Diese Karten sind einheitlich in Größe, Format und Vordruck; Form und Inhalt bestimmt der Zentralvorstand bezw. Verbandstag. Wird die „Traveling-card" nach dem 15. eines Monats ausgestellt, so ist der laufende Monatsbeitrag an die Union, die die Karte ausstellt, voll zu zahlen; vorausgezahlter Beitrag wird dem Kartenempfänger zurückbezahlt. Ist der Besitzer einer solchen Karte innerhalb 30 Tagen nach ihrer Verabfolgung nicht Mitglied einer anderen Lokal-Union geworden, so ist er verpflichtet, unter Beilegung eines Monatsbeitrages die Karte an die Lokal-Union, wo er sie entnommen hat, zurückzuschicken; er erhält nun ein Duplikat, das wieder 30 Tage Gültigkeit hat. Läßt das Mitglied auch diese Frist verstreichen ohne sich einer anderen Lokal-Union angeschlossen zu haben, so verfällt seine Mitgliedschaft, wenn er sich nicht persönlich in der ersten Union um Fortsetzung der Mitgliedschaft bewirbt. Tritt der Inhaber einer „Traveling-card" an einem anderen Orte in Arbeit, so ist er verpflichtet, sofort in der ersten Versammlung der Union (die Versammlungen finden regelmäßig jede Woche statt) die Karte zu hinterlegen; dafür erhält er eine „Working-card". (Arbeitskarte) ausgefertigt. Vernachlässigt er diese Pflicht, so kann ihm der „Steward" das Weiterarbeiten am Bau untersagen, ja er ist dazu sogar verpflichtet, will er sich nicht selbst einer Bestrafung aussetzen. Die Rechte des von den am Bau arbeitenden Kollegen gewählten „Stewards" sind sehr weitgehend. Er hat die Verpflichtung, jeden in Arbeit tretenden Kollegen, noch bevor er die Arbeit aufnimmt, nach seinem Organisationsausweis zu fragen und bei gar keiner oder ungenügender Legitimation ihm die Aufnahme der Arbeit zu untersagen. Tut er das nicht, so fällt er in Strafe und mit ihm — wenn es mit ihrem Wissen und Willen geschieht — die auf dem Bau beschäftigten Kollegen. An einzelnen Orten versieht der Polier (diese müssen ebenfalls Mitglieder der Union werden) gleichzeitig den Posten des „Stewards" und er stellt Unorganisierte erst gar nicht ein. Aus dem Grunde, daß der Polier Mitglied der Organisation ist und weil sich die Unternehmer vielfach vertraglich verpflichtet haben, nur „Unionleute" zu beschäftigen, kennt man Maßregelungen der „Stewards" wegen ihrer Tätigkeit für die Organisation so gut wie gar nicht. Oftmals sind sogar kleinere Unternehmer, die Bauten ausführen, wo nicht mehr als hunderttausend Backsteine Verwendung finden, Mitglieder der Union. Die Festsetzung und Regelung der Arbeitsbedingungen und Schlichtung von Differenzen — hauptsächlich in kleineren Orten — geht dann in der Regel schnell und glatt von statten.

Wie unbedeutend die Kämpfe sind, die die Organisation um die Verbesserung der Lebenslage ihrer Mitglieder, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung 2c., zu führen gehabt hat, ferner die Stellung der Unternehmer zur Organisation, wie überhaupt das ganze Wesen und die Tendenz des Verbandes, geht deutlich aus der im Verbandsorgan („The Beicklayer and Mason", das monatlich erscheint) im April dieses Jahres mit Stolz verkündigten Tatsache hervor; „Während die Organisation in den letzten 15 Jahren für Unterstützungszwecke, Sterbegelder für Mitglieder 2c. 1 500 000 Dollar aufgebracht hat, brauchte sie in derselben Zeit für Streikzwecke nur die bescheidene Summe von 25 000 Dollar zu verwenden.

Es entsteht hier die Frage nach den Ursachen dieser gewiß auffälligen — die Streikausgaben des deutschen Maurerverbandes in Vergleich gezogen, — fast wunderlichen Erscheinung. Zum Teil ist das wohl zurückzuführen auf die eigentümliche Entwicklung und Struktur des Maurerhandwerks in Amerika, den allgemeinen sozialen und demokratischen Einrichtungen und zuletzt natürlich auf die materielle Macht und Stärke der Organisation. Beileibe darf man aber daraus nicht den Schluß ziehen, daß dieses Verhältnis bei allen amerikanischen Trade-Unions in gleicher Weise der Fall ist. Obgleich es heute in den Vereinigten Staaten Baugeschäfte gibt, wie wir sie wohl in gleicher Größe in Deutschland kaum antreffen dürften, ist doch speziell im Maurerberufe die Zahl der kleinen Unternehmer noch relativ groß. Lassen nun schon so wie so die sozialen und demokratischen Einrichtungen des Landes die gesellschaftlichen Unterschiede und den Klassendünkel nach außen hin nicht so in Erscheinung treten wie z. B. in dem Klassenstaate Deutschland, so fühlen sich die kleineren Unternehmer gesellschaftlich und wirtschaftlich gerade zu verwandt mit den Maurern. Sie betrachten zum Teil die Interessen der Union als die ihrigen und setzen den Forderungen der Union keinen Widerstand entgegen. Auch zwischen den größeren Unternehmern und den von ihnen beschäftigten Maurern sind die gesellschaftlichen Beziehungen (und das trifft auch auf andere „qualifizierte" Berufe zu) doch noch etwas anders als das persönliche Verhältnis zwischen dem deutschen Unternehmer und „seinen" Arbeitern. Was der deutsche Unternehmer durch Anwendung der „Peitsche" nicht erreicht, das erreicht der amerikanische Unternehmer durch Anwendung von Zuckerbrot — und er erreicht mehr! Mußte der amerikanische Unternehmer in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung des Landes den qualifizierten Arbeiter gut behandeln und ihm hohe Löhne zahlen, um ihn überhaupt zu behalten und brachten es die politischen und sozialen Verhältnisse des Landes mit sich, daß sich der Arbeiter gleichberechtigt fühlt mit dem Unternehmer, so hat sich dieser ursprüngliche Zwang in ein Stück schlauer Unternehmerdiplomatie gewandelt, die der „Baumeister" mit allen Künsten anwendet. Er erreicht damit zweierlei: Erstens Ausbeutung des Arbeiters bis zur höchsten Intensität, und zweitens die politische Gefolgschaft des Arbeiters, dessen Klassenbewußtsein eingeschläfert wird. Der Unternehmer kommt den kleinen Wünschen und Empfindungen des Arbeiters in weitem Maße entgegen. Auf den Bauten wird während der heißen Jahreszeit Trinkwasser herumgereicht, oft auch Buttermilch. Auf größeren Arbeitsplätzen wird zu diesem Zwecke extra ein Arbeiter angestellt. Der Unternehmer verkehrt freundlich mit den Maurern, erkundigt sich hin und wieder nach ihrem Befinden: „How are you to-day" oder „How do you fell this morning", trinkt mit ihnen aus einem Becher und steht mit ihnen in der Wirtschaft an derselben Bar. Mit dem Millionärspatent in der Tasche kommt so der Gedanke an einen Klassenunterschied bei dem Arbeiter nur schwer auf. Wir können alle die übrigen gesellschaftlicken Zusammenhänge der Weitläufigkeit wegen nicht berühren und müssen es deshalb bei dieser flüchtigen Andeutung bewenden lassen. Bei der Darstellung der Arbeitsmethode des Berufes werden wir sehen, inwieweit der Unternehmer Erfolg und persönlichen Vorteil mit seiner Taktik erzielt. Die geringe Summe, die der Verband für Streiks ausgeworfen hat, findet aber seine Erklärung in den vorstehend geschilderten Verhältnissen und Ursachen.

Die andere Summe, 1 500 000 Dollar, ist in der Hauptsache an Hinterbliebene von verstorbenen Mitgliedern ausgezahlt. Diese Sterbeunterstützung ist nicht obligatorisch für alle Mitglieder, sondern ist ganz in das Ermessen der Lokal-Unions gestellt. Einzelne Lokal-Unions erheben sie obligatorisch für alle, andere überlassen es dem freien Willen ihrer Mitglieder, und wieder andere, vor allem kleinere Unions, zahlen gar keine Unterstützung. Sie wird gewöhnlich in der Form erhoben, daß beim Todesfall eines Unionmitgliedes jedes Mitglied der Union einen Dollar extra zu zahlen hat. Die Höhe des auszuzahlenden Sterbegeldes an die Hinterbliebenen beträgt in der Regel 200 Dollar.

---

* Die Glasbläser nehmen Ausländer nur in ihre Organisation auf bei Zahlung eines Eintrittsgeldes von 500 Dollar!

Politische Umschau.

Staatsgewalt und Koalitionsrecht. Der preußische Eisenbahnminister Breitenbach hat an die Eisenbahnverwaltungen folgenden Erlaß gerichtet:

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands verfolgt ordnungsfeindliche Bestrebungen und will den Frieden zwischen der Staatseisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern stören. Der Beitritt zu dem Verband und seinen Ortsgruppen oder jede anderweite Förderung seiner Bestrebungen würden sich deshalb als einen Verstoß gegen die Bestimmungen unter Ziffer 3 in § 2 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Staatseisenbahnverwaltungen darstellen und die Entlassung zur Folge haben. Wir vertrauen, daß sich unsere Bediensteten dieser im Interesse der Ordnung notwendigen Bestimmung einsichtsvoll fügen und uns keinen Anlaß zum Einschreiten geben werden.

Infolge dieses Erlasses haben, wie Berliner Blätter berichten, die bahnamtlichen Spediteure ihren Angestellten eröffnet, daß sie kein Mitglied des Transportarbeiterverbandes weiter beschäftigen würden.

Ist das Terrorismus oder nicht? Bislang hat die preußische Staatsgewalt sich darauf „beschränkt", die unmittelbar unter ihrer Botmäßigkeit stehenden Arbeiter und Beamten zum Verzicht auf das allen Staatsbürgern gewährte Koalitionsrecht zu zwingen. Jetzt zwingt sie sogar die mittelbar für sie tätigen Privatunternehmer, ihre Arbeiter ebenso zu behandeln. Und da sage man noch, es gibt in Preußen „keinen Fortschritt"!

Die „Frankfurter Zeitung" meint, das sei ein so starkes Stück, daß man die Nachricht nicht glauben möchte, aber da kein Dementi erfolgt sei, müsse sie wohl wahr sein. Das Blatt gibt zu bedenken, „daß die bahnamtlichen Spediteure keine Angestellten der Eisenbahnverwaltung sind, sondern selbständige Unternehmer, die im Auftrage der Eisenbahnverwaltung bestimmte Arbeiten ausführen und zu ihr in einer Art Submissionsverhältnis stehen. Dieses Verhältnis gestattet freilich, den Unternehmern gewisse Bedingungen zu stellen, und so ist es z. B. eine Forderung fortschrittlicher Sozialpolitik, daß die Behörden Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben sollten, die ihren Arbeitern anständige Löhne und Arbeitsbedingungen gewähren, wie sie etwa in Tarifverträgen des betreffenden Gewerbes festgelegt sind. Dieser Forderung kommen einzelne Behörden schon entgegen. Die Eisenbahnverwaltung aber, die hier doch offenbar auf höhere Weisung handelt, stellt Submissionsbedingungen gegen die Arbeiter, indem sie von den Spediteuren verlangt, daß sie ihren Arbeitern wehren sollen, das Koalitionsrecht auszuüben. Das ist eine schöne Sozialpolitik!" Schließlich meint die „Frankfurter Zeitung": „Der Herr Reichskanzler sollte wohl Erwägungen darüber anstellen, wohin es führen muß, wenn einzelne Zweige der Verwaltung in solcher Weise vorgehen."

Von den Erwägungen des Fürsten Bülow erwarten wir gar nichts. Denn er hat es an Bekundungen gegen die freie Arbeiterorganisation wahrlich nicht fehlen lassen. Was der preußische Eisenbahnminister für gut befindet im Interesse der „Staatsraison", das entspricht ganz dem Geiste der Sozialpolitik des Reichskanzlers.

*

Der Tag der politisch Unmündigen. Am 20. Oktober sind die „christlichen", „unabhängigen" und „deutschnationalen" Gewerkschaften mit den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen zu einer Tagung zusammengetreten, die den Namen „Zweiter deutscher Arbeiterkongreß" führt. Diese Zusammenkunft ist die Wiederholung der antisozialistischen Spielerei vom Jahre 1903, die damals in Frankfurt a. M. vor sich ging. Diesmal wird der Kongreß in Berlin tagen. Ueber die Aufgaben des Kongresses schreibt die christliche Gewerkschaftspresse:

„Es gilt zunächst, einen Rückblick zu werfen auf die Frankfurter Beschlüsse und inwieweit dieselben von Erfolg gekrönt waren. Da müssen wir freilich jetzt schon konstatieren, daß den damals an die Regierung gerichteten Forderungen von derselben in keiner Weise entsprochen worden ist. Die schüchternen Ansätze zu den gewünschten Reformen mußten zurückgewiesen werden, da sie unsozialen und rückständigen Geist in sich bargen. Wird die Regierung auch in Zukunft auf diesem ihrem Standpunkt beharren bleiben? Sicheres läßt sich da nicht voraussagen. Der Kongreß wird es sicherlich nicht unterlassen, dem Ausdruck zu geben, was der Arbeiterstand von einer Regierung, die den Anspruch auf soziales Verständnis erhebt, verlangen kann."

Dieser Rückblick kann sehr gute Früchte haben, wenn er konsequent geschieht. Denn eigentlich ist die Idee, der Regierung durch loyales und patriotisches Gebaren soziale Reformen abzuschmeicheln, schon jetzt gescheitert, wie die christliche Presse ja selber zugibt. „Den Forderungen ist in keiner Weise entsprochen worden!" Das ist eine wuchtige Wahrheit, und sie ist um so wichtiger, als für die Regierung kein Hindernis bestand, die Forderungen, wenn auch nur zum Teil, zu erfüllen; denn der alte Reichstag hatte eine Mehrheit, mit der die Regierung soziale Reformen ins Werk setzen konnte. Daß sie es trotzdem nicht getan hat, ist ein Beweis dafür, daß der Regierung der gute Wille fehlt. Es liegt klar auf der Hand, daß ihr Sinn nicht dadurch geändert werden kann, daß fortwährend Arbeitergruppen ihre „nationale Gesinnung" bekunden und beteuern, was von der Regierung stets als eine Vertrauenskundgebung aufgefaßt werden wird und aufgefaßt werden muß. Solange das noch geschieht, wird die Regierung auf die Forderungen der „christlich-nationalen" Arbeiter pfeifen. Wir wagen natürlich nicht, zu hoffen, daß die in Berlin versammelten Leute diese Wahrheit begreifen und aussprechen werden. Jedenfalls werden sie das Gegenteil tun; sie werden auf ihre sozialdemokratischen Klassengenossen schimpfen, womit sie dann freilich den Beweis erbracht haben, daß ihnen die Anfangsgründe einer schaffenden Arbeiterpolitik heute noch ebenso unbekannt sind, wie vor vier Jahren. Dafür werden sie das Lob der Scharfmacher ernten, und auch vom Regierungstisch werden ihnen anerkennende Worte zugeworfen werden — das wird der einzige Ertrag ihrer Tagung sein.

Um mehr ist es ihnen anscheinend auch nicht zu tun.

*

Zu Gnaden gekommen im gelobten Lande Sachsen sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die es übrigens noch niemals verdient haben, von den herrschenden Gewalten scheel angesehen zu werden. An dem Stiftungsfeste des Dresdner Gewerkvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter nahm auch der frühere Geheime Rat im Ministerium des Innern, jetzige Kreishauptmann Dr. Rumpelt, teil und führte in einer Rede ungefähr folgendes aus:

„Für ihn habe der Tag insofern eine besondere Bedeutung, als er sich das erste Mal in einem Gewerkverein Hirsch-Dunckerscher Richtung befinde. Deutschland habe mehr als jeder andere Staat in sozialpolitischer Hinsicht getan. Die Fürsorge für die deutsche Arbeiterschaft müsse aber noch mehr ausgestaltet und ausgedehnt werden. Er habe deshalb schon öfter Arbeiter zu sich gerufen und mit ihnen die einschlägigen Fragen besprochen. Gewisse Früchte haben diese Verhandlungen insofern getragen, als in der Rechtsauskunftsstelle bereits ein Vertreter des Gewerkvereins sitze. Das sei auch in bezug auf die Gründung eines Zentral-Arbeitsnachweises der Fall. Ferner habe die sächsische Staatsregierung Proportionalwahlen für den Landtag geplant, die es den Gewerkvereinen ermöglichen sollen, ihre Vertreter auch in den Landtag zu schicken, um dort mit raten und taten zu können. Eine Reform der heutigen Gesellschaftsordnung sei notwendig; mit der Todfeindschaft der einzelnen Klassen sei jedoch nichts getan, diese sollten sich nicht niederrennen, sondern sich zu verstehen und gewinnen versuchen, da nur damit dem Vaterlande gedient sei."

Unter den Gewerkvereinsmitgliedern selbst dürfte es sehr viele geben, die zu dieser merkwürdigen Anerkennungsrede den Kopf schütteln. Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ der Agrarier, meint unmutig:

„Ob es angezeigt war, daß ein hoher Regierungsbeamter in einer solchen Versammlung Propaganda für die Proportionalwahlen machte, darüber wird man verschiedener Meinung sein können. Der Satz, daß eine Reform der heutigen Gesellschaftsordnung notwendig sei, ist vieldeutig und mißverständlich. Vielleicht hat der Herr Kreishauptmann sich etwas anders geäußert. Sollte aber seine Aeußerung richtig wiedergegeben sein, so wäre zu wünschen gewesen, daß er sie etwas näher begründet und weiter ausgeführt hätte."

Das Bündler-Organ hat den Herrn Kreishauptmann doch nicht etwa in Verdacht, daß er ein versteckter Sozialdemokrat ist und die Reform der Gesellschaftsordnung meint, die sich die „Umsturzpartei" zum Ziele gesetzt hat?

*

Wer profitiert vom wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands in erster Linie? Auf diese Frage gibt ein Mann, der nicht der „verhetzenden" Sozialdemokratie angehört, vielmehr ein hohes Staatsamt bekleidet, der im Dienste Oesterreich-Ungarns stehende kaiserlich-königliche Generalkonsul in Berlin, folgende Antwort:

„Niemals zuvor war das wirtschaftliche Deutschland derart unter der absoluten Herrschaft einer kaum 50 Köpfe betragenden Gruppe, in keiner früheren Konjunkturepoche war die alte Formel vom freien Spiel der Kräfte in solchem Maße ausgeschaltet als im Jahre 1906, wo die bestimmenden Entscheidungen über die Höhe der Produktion, der Auslandsverkäufe, der Preise, über die Gewährung von Kredit, von neuem Kapital, über die Gestaltung der Löhne und Zinssätze in der Hand weniger Persönlichkeiten vereint waren, die an der Spitze der deutschen Großbanken, der industriellen Großunternehmungen und der großen Kartelle standen. Diesen großen Interessengemeinschaften ist denn auch der reiche Segen der Hoch- und Weltkonjunktur in erster Linie zu gute gekommen, und zwar waren die Vorteile um so größer, je syndizierter die betreffende Industrie war."

Ja, so ist's! Das Syndikatsherrentum, die großen Aktiengesellschaften haben ungeheure Profite eingeheimst. Nicht nur die wirtschaftliche Konjunktur kam ihnen dafür zu statten, sie waren auch im stande, die Preise wahrhaft wucherisch in die Höhe zu treiben. So das Kohlensyndikat. Der Mammonismus hat um sich gegriffen. Und dabei zetern die Kapitalskönige über die geringen Lohnerhöhungen, die die Arbeiter hier und da erreicht haben und über die „Frivolität" der Arbeiter, noch immer mehr zu verlangen.

Die bestehenden 460 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von rund 28 Milliarden haben im Jahre 1906 nicht weniger als nahezu 292 Millionen Dividenden — abzüglich der Reservefondsvermehrungen, Abschreibungen und Dotationen, die gleichfalls viele Millionen betragen — ausgezahlt. Kein Engel vom Himmel hat sie ihnen gebracht, sie sind die Frucht der Arbeit Tausender von Proletariern.

*

Die „niedergerittene" Sozialdemokratie. Bei den am 16. Oktober in Halle a. d. S. vollzogenen Gewerbegerichtswahlen, die zum ersten Male nach dem Proportionalwahlsystem stattfanden, wurden für die sozialdemokratische Liste 4524 und für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 619 Stimmen abgegeben. Die Sozialdemokraten, die bisher alle Mandate hatten, erhalten von den zu vergebenden 15 Mandaten 13, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 2. Diesen Gewinn haben die Hirsch-Dunckerschen lediglich dem Proportionalwahlsystem zu danken, das auf dem von der Sozialdemokratie stets vertretenen Grundsatz der Minoritätenvertretung beruht.

*

Der „grobe Unfug" kommt wieder in Fluß! — Der Gastwirt Kersten in Reidebburg hatte der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen verweigert. Im sozialdemokratischen Halleschen „Volksblatt" erschien darauf eine Notiz, in der es hieß: „Die Arbeiterschaft von Reidebburg und den umliegenden Ortschaften mag sich also merken, daß sie bei Herrn Kersten nicht gern gesehene Gäste sind; sie wird auch dafür sorgen, daß Herr Kersten nicht besänftigt wird. Das Bier wird unter Umständen sehr schnell sauer." Das Hallesche Schöffengericht nahm an, daß diese Notiz „über das erlaubte Maß hinausgehe" und beunruhigend auf das Publikum wirke. Es verurteilte den verantwortlichen Redakteur Leopold vom „Volksblatt" wegen Verübung „groben Unfugs" zu M. 50 Geldstrafe.

Man hat lange nichts davon gehört, daß Gerichte den Groben Unfug-Paragraphen gegen die für ihre berechtigten Interessen eintretenden Arbeiter angewandt haben. Wir glaubten, diese Art Unfug-Jurisprudenz sei glücklich überwunden, zumal hervorragende Juristen ihre Rechtswidrigkeit und Unzulässigkeit dargetan und gegen sie entschieden Widerspruch erhoben haben. Aber wir leben in Preußen-Deutschland, wo der reaktionäre Geist die Mittel, die seiner Betätigung dienen, so leicht nicht vergißt. Und der Grobe Unfug-Paragraph ist, wie die Erfahrung lehrt, ein gar so bequemes Mittel, Handlungen, die sonst nicht zu fassen sind, weil sie dem Recht nicht entgegenstehen, zu Strafkaten zu stempeln. Das hat ja auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sattsam erfahren. Was ist von Gerichten nicht schon alles als „grober Unfug" angesehen und bestraft worden! Streikpostenstehen, Ankündigung von Streiks und Aussperrungen, ein Hoch auf die Sozialdemokratie, das Tragen roter Blumen, das Singen „revolutionärer" Lieder 2c. 2c.

Soll jetzt eine neue „grobe Unfugs"-Aera beginnen?

*

Die passive Resistenz der österreichischen Eisenbahner hat geholfen. Die größten Bahnen haben die wesentlichen Forderungen des Personals bewilligen müssen. Unmittelbar nach Annahme der gebotenen Zugeständnisse durch die koalierten Organisationen ging nach allen Strecken die telegraphische Weisung ab, den normalen Verkehr wieder aufzunehmen. Die Errungenschaften der Eisenbahner sind schon, rein ökonomisch betrachtet, sehr wesentlich. Das Beispiel der Staatseisenbahngesellschaft wird dies klar machen: das Gehalt der Beamten erhöht sich um 300 bis 400 Kr., teilweise auch die Zulagen um 300 Kr. Die Bezüge der Unterbeamten steigen um 200 Kr., die der Bediensteten um 120 Kr. und in einzelnen Kategorien wegen der günstigeren Vorrückung um 200 bis 300 Kr. jährlich, der Tageslohn der Arbeiter um 20 bis 40 Heller. Ueberdies wird die provisorische Dienstzeit verkürzt und genau geregelt. Die Bediensteten erhalten Vertretung bei den Personal- und Disziplinarkommissionen, die ihre Angelegenheiten zu führen und eine gerechtere Handhabung der Disziplinarvorschriften zu sichern haben. Endlich verpflichtet sich die Gesellschaft, keinen an der passiven Resistenz Beteiligten deshalb zu maßregeln oder zu benachteiligen. Bei beiden Bahnen handelt es sich um 35 000 Bedienstete, und da ebendieselben Vergünstigungen von den Angestellten der Südbahn, die an die 25 000 Mann zählen, ohne Krieg durchgesetzt worden sind, ist mit einer einzigen Bewegung das wirtschaftliche Niveau des Personals aller drei größten Privatbahnen gehoben worden, denen die kleineren folgen oder bald werden folgen müssen. Aber höher noch als der materielle Gewinn ist der moralische Erfolg zu bewerten. Staatseisenbahngesellschaft und Nordwestbahn, durch die reganste Bank des Reiches in ein kapitalistisches Machtsystem zusammengefaßt, stellen das gewaltigste Privatunternehmen Oesterreichs dar, und an ihrer Spitze steht der tüchtigste Finanzmann, ein Mensch von großer geschäftlicher Schlauheit und rücksichtsloser Brutalität. Diesem furchtbaren Gegner hat die geschlossene Kampfdisziplin der Arbeiter gleichwohl einen schimpflichen Frieden abgerungen; wie sehr hierdurch das Kraftgefühl der Eisenbahnerorganisation gestärkt und ihr Ansehen in der Oeffentlichkeit gesteigert wird, braucht nicht gesagt zu werden. Auch dürften sich an die siegreich beendete Bewegung große verkehrspolitische Folgen knüpfen; die Verstaatlichung der Bahnen wird jetzt ein rasches Tempo einschlagen.

*

Fürs freie Wahlrecht in Ungarn. Die Wahlrechtsbewegung in Ungarn hat einen neuen mächtigen Impuls erhalten. Für den 10. Oktober war eine allgemeine Arbeitsruhe als Demonstration für das Wahlrecht geplant, die vortrefflich gelungen ist. Einen prächtigen Verlauf nahm der Tag in Budapest, der Hauptstadt des Landes. In einem mächtigen Zuge bewegten sich die Demonstranten durch die Straßen nach dem Parlamentsgebäude, wo eine Deputation, deren Sprecher unser Kollege Garbai war, dem Präsidium die Forderungen des Volkes unterbreitete und sie mit einer knappen, wuchtigen Begründung versah. Nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten verfolgt die Regierung ihren Wahlrechtsplan, wie sie ihn vor mehr als Jahresfrist klargelegt hat. Freilich: Der Wien muß! Würde sie nicht gute Miene zum bösen Spiele machen, das Proletariat würde sich sein Recht holen.

So marschiert die Demokratie überall; nur in Preußen herrscht noch die alte Reaktion. Wie lange noch?

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:
Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), **Reinfeld** (Sperre über E. Haeger), **Apenrade** (Sperre über Callesen), **Segeberg** (Differenzen);

Mecklenburg:
Rostock (Differenzen), **Güstrow** (Sperre über Thielke);

Brandenburg:
Berlin und **Vororte** (Differenzen); **Mittenwalde** (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus);

Pommern:
Cammin (Streik), **Pyritz** (Sperre über Friedr. Berg);

Ost- und Westpreussen:
Sensburg (Sperre über Rehse), **Memel** (Sperre über Richtmeier und Schmidt), **Deutsch Eylau** (Sperre über Kaserneubau, Unternehmer Kaum);

Posen — Schlesien:
Ohlau (Sperren über Rother, Kern und Jander), **Peisterwitz** (Sperren über Gerlach und Wiesner), **Muskau** (Sperre über Stülpnagel), **Waldenburg** (Sperre über Täsler in Neu-Salzbrunn);

Königr. Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, O. Auge, Elisen- und Fichtestrasse, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, in **L.-Gohlis** H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in **L.-Gautsch** Fr. Probst & Co., Spinnereistrasse, in **L.-Leutzsch** Eisengiesserei E. Becker & Co., in **L.-Möckern** K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), **Colditz** (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:
Wunstorf (Streik), **Celle, Norderney** (Aussperrung), **Salzgitter** (Sperre über Hönnerbach);

Rheinland:
Crefeld (Streik), **Kaiserswerth** (Sperre über Oster & Rosch);

Hessen und Waldeck:
Rüdesheim - Geisenheim (verschiedene Sperren), **Mainz** (Sperre über A. Westenberger), **Oppenheim** (Sperre über V. Kurz), **Giessen** (Sperre über Bernhard in Kleinlinden);

Baden-Pfalz:
Offenburg (Streik der Zementierer), **Unterharmersbach** (Sperre über den Schulneubau);

Bayern:
Selb (Sperre über Jäger & Werner), **Freilassing** (Sperren über Gorbl und Halt), **Wasserburg** (Sperre über Nübauer), **Altötting** (Sperre über Lehner, Rathausbau), **Diessen** (Streik), **Bayreuth** (Stukkateurstreik), **Würzburg** (Sperre über die Kasernenbauten);

Fliesenleger:
Barmen-Elberfeld (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschnowsky und Rummenhölle), **Duisburg** (Sperren über Gebr. Bönning und Krüsken);

Schweiz:
Basel, Chaux-de-Fonds (Streiks);

Oesterreich:
Leitomischl, Chotzen, Wildenschwert (Aussperrungen), **Hohenmauth** (Streik);

Ungarn:
Arad, Csongrád, Gyula, Kecskemét, Nyiregyháza, Petrozsény, Székesfehérvár, Vác, Zsombolya (Aussperrungen).

Holland:
Arnheim (mehrere Sperren).

*

Arbeitsgelegenheit ist in **Senftenberg**, wo die Firma Hubert & Ulrich 20 bis 25 Maurer sucht.

*

Gau Frankfurt a. M.

Bei dem Bauunternehmer Valentin Kurz in **Oppenheim** haben unsere Kollegen wegen Vertragsbruchs des Unternehmers die Arbeit niedergelegt. Am 25. März wurde mit den Unternehmern ein Tarifvertrag geschlossen, wonach der Stundenlohn vom 1. Juli 1907 bis 1. März 1908 43 ₰ betragen soll. Diesen Vertrag hat Kurz gebrochen. Samstag, den 12. Oktober, erklärte er den Maurern, wer von heute an nicht für 36 ₰ Stundenlohn arbeiten will, könne aufhören. Am 15. Oktober hat der Vertreter unseres Zweigvereins mit Kurz Rücksprache genommen, aber nicht erreicht, daß sich K. verpflichtete, den Tarif hochzuhalten. Sämtliche Kollegen legten daraufhin die Arbeit nieder. Zuzug nach Oppenheim ist streng fernzuhalten.

Gau Hamburg.

Der Unternehmerverband von **Segeberg** hat unserer Zweigvereinsleitung ein Schreiben übermittelt, worin die Forderung aufgestellt ist, der Vorstand des Zweigvereins Segeberg solle bis Montag, den 21. Oktober, einen von den Unternehmern aufgestellten Tarifvertrag unterschreiben. Es wird darin gesagt, wenn bis Montag abend der Vertrag nicht unterzeichnet ist, soll am nächsten Tage eine allgemeine Aussperrung erfolgen.

Gau Hannover.

Der Konflikt in **Hannover** ist geschlichtet. Sein Ursprung und Verlauf ist so wichtig, daß wir ihn etwas ausführlicher behandeln müssen, als das eigentliche Resultat gerechtfertigt erscheinen läßt. Schon in der vorigen Nummer haben wir berichtet, daß es sich um eine Angelegenheit der Bauarbeiter handelte, die erst in ihrem weiteren Verlauf unsere Kollegen in Mitleidenschaft zog. Die Leitung des Zweigvereins der Bauarbeiter forderte die Leitung des christlichen Verbandes auf, gemeinsame Beratungen zu pflegen, wie man eine Tarifbestimmung über die Verrechnung der Akkordlöhne der Kalkträger besser durchführen könne. Zu diesem Zwecke fand am 8. Oktober eine Versammlung der Bauhilfsarbeiter beider Organisationen statt. In dieser Versammlung hielt der christliche Vorsitzende Windolph eine Rede, die weit über das hinausging, was gemeinsam geplant war. Er forderte nämlich, die Bauarbeiter sollten mit dem Tragen der Steine in aufgestapelter Tracht Schluß machen und in Zukunft nur noch auf dem Brett Steine tragen. Die Leitung des freien Bauarbeiterverbandes ließ sich dies merkwürdigerweise gefallen, wenigstens ist nicht bekannt, daß sie sich dagegen gewendet hat. Natürlich verfehlte die kräftige Pauke des christlichen Windolph ihre Wirkung nicht; in dem angenommenen Antrage befand sich auch zu unterst folgende Stelle:

„Im Interesse der Gesundheit verpflichten wir uns, die Steine vom 9. Oktober an nur noch auf dem Brette zu tragen, jedoch ist das Abwerfen unzulässig.

Diese Resolution tritt für die noch nicht in Angriff genommenen Bauten sofort in Kraft, während die im Rohbau befindlichen Bauten noch in der alten Weise fertiggestellt werden."

Dieser Beschluß war ein grober Fehler. Am 8. Oktober beschloß man es, und am 9. Oktober sollte es schon ausgeführt werden, und zwar ohne daß man vorher mit den anderen beteiligten Gruppen darüber konferiert hatte. Wohl gemerkt: wir wollen die Forderung an und für sich nicht verurteilen, denn wir wissen, daß das Steinetragen in der Tracht eine menschenmordende Arbeit ist, aber wir tadeln, daß diese Forderung so ohne jede Vorbereitung aufgestellt und durchgeführt werden sollte. Die Unternehmer verhielten sich der Forderung gegenüber starr ablehnend. Am 11. Oktober beschlossen sie, daß sie in dem Vorgehen der Bauarbeiter eine einseitige Abänderung des Vertrages zu Ungunsten der Unternehmer erblickten und behielten sich weitere Maßnahmen vor. Wo sich nun die Bauarbeiter weigerten, die Steine in der alten Weise weiter zu tragen, wurden sie entlassen. In wenigen Tagen waren mehr als 300 Bauarbeiter und infolgedessen auch einige hundert Maurer arbeitslos, von unserem Verbande waren es 400. In Anbetracht dieser Sachlage fanden dann am 13. Oktober wieder Versammlungen der Bauarbeiter statt, die sich noch einmal mit dem Beschluß befassen sollten. Die Versammlung der freien Bauarbeiter beschloß, den Kampf weiterzuführen. Einem Vertreter unseres Verbandes und einem Mitgliede des Hauptvorstandes der Bauarbeiter gegenüber war die Versammlung so ungerecht, daß sie beide nicht einmal ruhig ihre Meinung sagen ließ. Die Christlichen dagegen beschlossen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit war die Lage des von den Christlichen angezettelten Kampfes so verschlechtert, daß die Leitung des Bauarbeiterverbandes die Streikenden noch einmal zusammenrief, um über das Weitere zu beschließen. Inzwischen hatten die Christlichen die Arbeit wieder aufgenommen, die Unternehmer aber drohten mit der Aussperrung aller Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer usw. Der Beschluß der Unternehmer lautete:

„Sind bis Donnerstag, den 17. d. M., Mittags, bindende Erklärungen über die Fortführung des Steinetragens in der bisherigen Weise nicht abgegeben, so erfolgt am folgenden Tage die Stilllegung der Bauten."

Eine solche Stilllegung der Bauten lag nun keineswegs im Interesse der baugewerblichen Arbeiter, denn für ihren größten Teil war gar kein Kampfobjekt vorhanden, dazu konnte der Kampf aber auch in der gegenwärtigen Situation eine recht unangenehme Sache werden. In der Versammlung der Bauarbeiter, am 17. Oktober, wurden dann in der entscheidenden Abstimmung 88 Stimmen gegen und 158 für Fortsetzung des Kampfes abgegeben. Da zur Fortsetzung dreiviertel Mehrheit gehört, so war damit die Beendigung des Kampfes beschlossen. Die Arbeit ist inzwischen wieder aufgenommen worden.

In dieser Angelegenheit kann der Hannoverschen Leitung der Bauhilfsarbeiter der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie nicht korrekt gehandelt hat. Für die Zukunft wird sie sich an die Satzungen zu halten haben, die für diese Fälle gelten. Wenn es auch gern zugegeben ist, daß derartig alte Unsitten nicht von heute auf morgen abzustreifen sind, so sollte man aber von Organisationen, wie sie in Hannover bestehen, wohl annehmen können, daß ihr Ordnungsgefühl weit genug entwickelt wäre, um so zu handeln, wie gehandelt werden muß. Sehr bedauerlich aber ist der Umfall der Christlichen. Solche Art, erst folgenschwere Forderungen aus dem Handgelenk heraus aufstellen, und dann, wenn die Sache ernst wird, feig von hinnen zu fliehen, solche Art ist nicht dazu angetan, in unseren Reihen Neigung zur fernerer gemeinsamer Arbeit in wirtschaftlichen Fragen zu erwecken. Wenn der „Volkswille", unser Hannoversches Parteiorgan, am Schluß einer Betrachtung über den Konflikt schreibt:

„Erst sind es gerade die Christlichen, die die Gesamtheit der Bauarbeiter in einen Kampf hetzen und dann gehen sie hin und besetzen die Posten der in ehrlicher Bundesgenossenschaft ausharrenden Kollegen. Möge diesen das als Warnung dienen, um in Zukunft allein ihre Kämpfe auszufechten," so spricht er damit aus, was Tausende von Arbeitern denken. Das Bestreben der Gewerkschaftsführer, die Mitglieder für eine ruhige und tolerante Prüfung der Frage des Zusammengehens mit den Christlichen in den einzelnen Fällen zu gewinnen, wird durch derartige Stückchen natürlich durchkreuzt. Nachher beklagen sie sich über Vergewaltigung. Es ist nötig, daß sich die Christlichen die Sache einmal von dieser Seite aus betrachten.

Gau Magdeburg.

Von **Quedlinburg** wird geschrieben, daß die im „Grundstein" ausgeschriebene Arbeitsgelegenheit für Quedlinburg viele Kollegen nach dort gelockt hat. Eine größere Anzahl zureisender Kollegen mußte, ohne Arbeit zu erhalten, den Ort wieder verlassen.

Gau München.

In **Altötting** ist die Firma Lehner gesperrt, und zwar aus guten Gründen. Diese Firma ist dafür bekannt, daß sie fortwährend versucht, den Tarif zu durchbrechen. Besonders sucht sie sich um den vereinbarten Lohn herumzudrücken. Keine Woche verging, ohne daß der eine oder andere der Arbeiter unter dem Tarif ausbezahlt wurde. Wurde auf Protest des Betreffenden am nächsten Samstag der richtige Lohn bezahlt, so wurde am folgenden Zahltag schon wieder der Versuch gemacht, den Tarif zu umgehen. Dieser Katzbalgerei waren die Kollegen endlich satt geworden. Um ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, wurden auch die zwei auf dem Bau arbeitenden indifferenten Maurer aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen, was diese jedoch verweigerten. Ein Wort gab das andere, bis ein Teil der dort beschäftigten Maurer erklärte, mit den beiden nicht mehr zusammen arbeiten zu wollen. Die an diesem Vorgehen nicht beteiligten Kollegen wurden durch das wüste Geschimpfe des Unternehmers ebenfalls von der Baustelle vertrieben. Am nächsten Tage früh, nachdem sich die Gemüter einigermaßen beruhigt und auch die beiden Indifferenten sich zur Solidarität verpflichtet hatten, wollten sämtliche Maurer die Arbeit wieder aufnehmen. Sie wurden aber von den Unternehmern in der schroffsten Weise zurückgewiesen. Wenn nun auch das Vorgehen unserer Kollegen nicht in allen Punkten gebilligt werden kann, so muß ihnen doch zugestanden werden, daß sie durch die ewige Quertreiberei der Firma geradezu provoziert worden sind. Eine Einigung, um die sich unser Gauvorsitzender bemühte, scheiterte an dem Starrsinn der sauberen Firma. Es handelt sich um den Rathausneubau. Sonderbarerweise hat sich die notorisch vertragsbrüchige Firma des weitgehenden Schutzes der Polizei zu erfreuen. Die Kollegen mögen dafür sorgen, daß der Zuzug nach Alt- und Neuötting ferngehalten wird.

Der Streik in **Plattling** wurde nach neunwöchiger Dauer aufgehoben, nachdem für heuer ein Erfolg nicht mehr zu erhoffen war. Zu verdanken haben die Kollegen diesen Ausgang in erster Linie den indifferenten Osterhofener Maurern, die sich nicht scheuten, den Plattlinger Kollegen in den Rücken zu fallen. Ob sich die Unternehmer ihres Sieges freuen, ist eine andere Sache. Eingesehen hatten es ja die Herren längst, daß sie sich durch ihre Starrköpfigkeit ins eigene Fleisch schnitten, aber der Prötzenstandpunkt mußte gewahrt werden. Der Zweigverein steht auch heute noch auf fester Grundlage. Es wird an den Kollegen liegen, später das zu holen, was jetzt nicht zu erreichen war.

Die Sperren in **Reichenhall** über die Firmen Gerbl und Halt sowie über die Firma Nabauer in **Wasserburg** dauern unverändert fort.

Gau Nürnberg.

In **Bayreuth** stehen sämtliche Stukkateure im Streik, wodurch die Maurer in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Arbeitseinstellung ist eine Folge des Vertragsbruchs seitens der Unternehmer.

Gau Osten (Danzig).

In **Graudenz** wurde auf dem Neubau des Unternehmers Sukowski die Balkenlage gelegt. Bis zur Beendigung dieser Arbeit mußten die Maurer feiern. Nach einem Tage erschienen sie früh um 6 Uhr zur Arbeit. Aber erst um 8 Uhr konnten die Maurer ihre Tätigkeit beginnen, weil die Zimmerer solange zu tun hatten. Für die zwei Stunden des Wartens verlangten die Maurer Lohn. Dies Verlangen muß auf den Unternehmer eine eigenartige Wirkung ausgeübt haben. „Ihr seid ja toller als das größte Vieh" — „Aussauger" und ähnliche Aeußerungen bekamen die Maurer von ihrem Arbeitgeber zu hören. Selbstverständlich ließen die Maurer sich das nicht gefallen. Sie legten die Arbeit nieder und nahmen sie nicht früher auf, als bis am Tage darauf, nach erfolgten Verhandlungen mit dem Zentralverband der Maurer der Unternehmer alle Beleidigungen auf der Baustelle vor versammelter „Mannschaft" widerrufen hatte.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 14. bis 19. Oktober für folgende Mitglieder erteilt:

Benedikt Jaberg-Nürnberg (Frau), Verb.-Nr. 168 809; Gottl. Pohl-Berlin, 5786; Christ. Harz-Nowawes, 185 883; Gustav Kleks-Berlin, 4925; Aug. Riechel-Lingen (Frau), 277 753; Karl Doring-Magdeburg (Frau), 41 681; Albert Knipffe-Gelsenkirchen, 211 498; Gottl. Müller-Leipzig, 35 367; Aug. Berthold-Sorau (Frau), 296 145; Friedr. Grosmann-Krausnick, 81 886; Fritz Wilke-Berlin (P.) (Frau), 251; Christ. Mauer-Bremen, 14 260; Jos. Dickmann-Dortmund, 64 157; Richard Fischer-Barmen, 52 117; Wilh. Lewing-Bielefeld, 175 955; Art. Nölte-Spandau, 298 422; Gust. Plettig-Guben, 2667, Heinr. Nestler-Dresden (Frau), 162 168; Ph. Walter II-Frankfurt a. M., 305 289; Adam Wenzel-Frankfurt a. M., 23 219; Wilh. Böjel-Köslin (Frau), 61 426; Fritz Warnke-Hamburg, 29 546; Gust. Mund-Roßla, 213 856; Adam Reuter-Cassel, 58 443; Max Karutz-Berlin (Frau), 8372; Wilh. Schulze-Cöpenick (Frau), 61 319; Fr. A. Dittrich-Meißen (Frau), 134 608; Fr. Renziehausen-Hannover (Frau), 32 575; Gust. Böttger-Magdeburg (Frau), 43 376; C. Hilbert-Kiel (Frau), 146 773; Franz Koplin-Filehne, 68 143; Joh. Schlüter-Horst (Frau), 335 652; Phil. Meyer-Hamburg, 28 897; Paul Wilitzki-Graudenz (Frau), 74 256.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56,** zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 14. bis 19. Oktober 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Essen a. d. Ruhr M. 13601,09, Harburg a. d. Elbe 1602,53, München 7398,30, Pforzheim 1412,85, Tilsit 1117,35, Kattowitz 1032,35, Blankenburg a. Harz 1088,21, Bautzen 951,77, Borna 1005,44, Graudenz 889,56, Werdau 871,86, Eilenburg 795,82, Spremberg 792,32, Norden 707,90, Hadersleben 652,01, Lissa 661,72, Anklam 604,82, Reutlingen 602,66, Zechau 584,90, Luckenwalde 552,62, Erdeborn 569,93, Reichenbach i. Schl. 805,30, Schackensleben 506,02, Aschersleben 482,09, Reichenfachsen 485,42, Weißenfels 472,20, Werden 463,65, Gummersbach 452,85, Guben 455,93, Wolfenbüttel 449,57, Derenburg 453,58, Rostock 452,39, Hennigsdorf 435,58, Nitzsch 432,64, Lauenburg a. d. Elbe 411,62, Eberswalde 408,19, Lychen 394,52, Calefeld 384,94, Frankenhausen a. Kyffh. 352,82, Jossen 368,37, Metz 366,60, Schwartau 350,96, Alstedt 353,98, Paaren 336,52, Roth a. Sand 333,56, Strausberg 360,22, Nichteinberg 301,21, Reinfeld 303,84, Bernburg 299,65, Oederan 299,37, Colbitz 293,62, Bahn 273,70, Krakow 275,92, Hüttenrode 273,59,

Schneeberg 264,13, Bürgel 244,90, Herne 242,72, Burgstadt 238,10, Lahr 215,66, Westerland 211,08, Neuzelle 208,12, Naunhof 207,94, Munster 204,08, Ebingen 203,83, Grevesmühlen 197,10, Zielenzig 194,60, Sonnenburg 189,73, Zörbig 187,14, Westerstede 185,16, Neukalen 181,34, Dzielau 173,42, Kahna 176,17, Dahlen 172,41, Schwerin a. d. W. 166,56, Droyßig 162,89, Jauer 157,28, Burgdorf 146,46, Leisnig 147,76, Gollnow 144,62, Lübz i. M. 136,91, Artern 130,32, Neukloster 131,94, Fraustadt 121,82, Wesenberg 110,08, Leutmannsdorf 111,92, Glesien 100,49, Neustadt i. Holst. 105,14, Köpelin 102,32, Aue 85, Arneburg 79, Friedrichroda 83,08, Bergedorf 66,44, Balingen 78,64, Plathe 60,50, Primkenau 22,72, Husum 36,45, Cassel 4000, Regensburg 2133,73, Brandenburg 2081,34, Solingen 1519,75, Liegnitz 1483, Chemnitz 1435,11, Göttingen 1186,40, Zehdenick 1079,66, Langenbielau 1040,69, Crossen 856,90, Riesa, 809,09, Grünberg i. Schl. 791,76, Wittstock 710,61, Gransee 692,96, Bochum 497,41, Friedland 665,76, Großenhain 632,48, Grünberg i. Posen 629,92, Schnelsen 614,82, Wedel 608,04, Tambach 604,39, Hoheinmölsen 599,32, Seesen 594,20, Hörde 591,13, Schwerin i. M. 572,34, Erkner, 565,93, Schleiz 540,87, Lübben 535,94, Markgrafpieske 521,76, Ortrand 507,92, Schwarzenbek 496,56, Gelenau 486,46, Fürstenberg 473,24, Ribnitz 453,42, Alt-Rahlstedt 463,18, Bruck b. München 463,46, Teschendorf 458,61, Wilster 444,14, Aken 430,24, Penig 411, Marne 401,62, Boizenburg a. d. Elbe 402,24, Storkow 384,81, Netzschkau 376,19, Langenberg 377,78, Barth 363,36, Mittenwalde 360,68, Plaue a. d. H. 345,72, Sangerhausen 347,89, Bublitz 337,74, Schivelbein 325,43, Burgstädt 332,52, Sachsa 329,64, Gützkow 322, Güstebiese 318,18, Groß-Besten 312, Deutsch Rasselwitz 309,41, Mirow 607,96, Rennersdorf 306,66, Trebitz 279,04, Seyda 290,08, Westerhausen 292,90, Parchim 291,31, Kahla 291,22, Bützow 290,82, Betschau 289,36, Krausnick 279,77, Neu-Langsow 280,25, Annaburg 284,05, Nauen 276,24, Havelberg 281,81, Hagenow 281,60, Düren (Neihnl.) 276,95, Lützen 270,59, Neisse 262,80, Düben a. d. Mulde 245,01, Plosdam 265,38, Mühlhausen i. Thür. 258,77, Penzlin 257,40, Croppenstedt 241,24, Belzig 239,16, Stargard i. Mecklb. 232,10, Langenöls 230,50, Tribsees 229,30, Witzenhausen 219,24, Fallersleben 218,79, Leingo 217,28, Grandenborn 204,03, Schönwalde i. d. Mark 191,70, Hadmersleben 190,32, Zahna 188,69, Segeberg 176,28, Sandow 172,64, Pritzerbe 162,56, Schweinitz a. d. Elster 167, Lassan 163,98, Letschin 163,12, Kelbra 150,20, Gräfenhainichen 136,88, Plau i. Mecklb. 142,20, Leutenberg 132,66, Feldberg 127, Germendorf 131,64, Holzminden 131,28, Friesack 129,37, Lunden 127,21, Ahrensböck 111,47, Torgelow 122,80, Lausigk 119,10, Grimmen i. Pom. 107,40, Waltersdorf-Schulzendorf 116,74, Sebdin 111,43, Teissin 98,32, Allendorf-Sooden 97,91, Wesel 90,90, Fiddichow 87,73, Oelsnitz 83,28, Kehlheim 82,08, Ebstorf 81,81, Ditzum 67,84, Salzdahlum 57, Fehrbellin 43,24, Ratibor 38,11, Lörrach 37,52, Grabow 30,13, Ahrweiler 31,74, Liebenwalde 19,40, Rheine 17,56, Winzingerode 11,44, Wegesack 6,41, Storkow 1,90, Neuhaus a. d. Elbe 213,52, Kiel 4000, Würzburg 1944,01, Stettin 1545, Crefeld 1500, Rastenburg 1244,46, Eisleben 1162,96, Thorn 1127,65, Neustettin 1050,34, Jena 1026, Colberg 879,10, Swinemünde 831,20, Neudamm 814,89, Neusalz 773,86, Antonienhütte 764,74, Münden 730,54, Duisburg 733,01, Holtenau 661,91, Pliezhausen 609,75, Menselwitz 597,47, Nordhausen 572,26, Reinbek 527,36, Pegau 500,56, Osterode i. Pr. 486,02, Colbitz 476,90, Altdamm 484,09, Stade 470,20, Finsterwalde 468, Meiningen 419,84, Gnoien 441,64, Trebbin 428,50, Cüstrin 434,33, Ulm 427,38, Gronau 413,56, Gelsenkirchen 241,89, Volksdorf 399,93, Saarmund 396,10, Coburg 378,72, Wiesenburg 353,15, Gohlershausen 346,28, Gr.-Wockern 324,02, Oranienburg 311,75, Bramsche 300,74, Lehrte 292,90, Kappeln 305,95, Satow 298,08, Sachwitz 292,30, Weimar 483,84, Hilden 256,94, Northeim 269,06, Wilsnack 259,92, Dießen 267,04, Rosenheim 241,45, Kellinghusen 247,70, Strasburg i. Westpr. 231,20, Wilzen 230,52, Stadtoldendorf 224,40, Gützow 221,82, Kissingen 214,78, Aichach 198,79, Schwedt 197,76, Freystadt 195,54, Zarrentin 193, Werneuchen 189,93, Neubukow 179,23, Brunshaupten 179,97, Althaldensleben 173, Schwarzenberg 170,16, Schönhausen 168,62, Gr.-Kreutz 160,19, Vandsburg 158,36, Hammer b. Jatznick 156,43, Düringshof 150,10, Traunstein 138,45, Langenwetzendorf 138,92, Neuburg a. d. D. 138,08, Rehna 133,94, Gräfenthal 133, Jessen 121,17, Grömitz 128,50, Bernsdorf 114,86, Lambrecht 113,57, Gr.-Schönebeck 115,89, Kempten 100,64, Birnbaum 109,95, Zeulenroda 108,31, Lübs i. Pomm. 107,16, Ilmenau 166,57, Vietz 90,28, Geyer 97,58, Hammer b. W. 95,87, Wegeleben 96,29, Mühlenbeck 82,55, Joachimsthal 89,54, Zwinge 87,92, Altdorf 86,64, Königsee 85,78, Oels 82,50, Brüssow 71,20, Saarau-Königzelt 58,42, Oldenburg i. Holst. 54,84, Cammin 36,44, Herzogenaurach 37,87, Nördlingen 20, Papenburg 14,64, Hamm 8,78, Hessen 8,88, Festenberg 4,38, Plauen i. V. 5,10, Danzig 2677,93, Segeberg 7,20, Wiesbaden 4411,56, Jüterbog 903,75, Freyhan 800, Treptow a. d. Toll. 730,02, Unna 694,29, Schwandorf 696,76, Mühlberg 682,46, Moorburg 673,54, Oeynhausen 584,82, Oppeln 576,10, Meerane 585,19, Cottbus 569,40, Schwabach 507,01, Calbe a. d. S. 510,85, Heide 507,29, Langelsheim 506,86, Gorgast 504,95, Lübbenau 439,52, Mühlhausen i. Elf. 457,18, Gambach 457,71, Schönberg 424,19, Neubrandenburg 420,36, Unterweißbach 420, Rheinsberg 367,19, Colmar i. Elf. 358,87, Wannsee 334,67, Herzberg a. Harz 331,96, Brandis 281,58, Greifenhagen 264,92, Boock 263,70, Ellrich 219,45, Niederhone 232,48, Waldenburg i. S. 222,24, Stolberg 219, Clötze 215,70, Rötha 206,80, Bonn 206,34, Sülze 199,24, Sommerfeld 182,38, Ludwigslust 186,30, Hohensalza 183,59, Hermsdorf i. d. M. 172,20, Krebsjauche 157,03, Prenzlau 159,60, Meuschwitz 150, Laage i. M. 147,94, Alt-Cosel 139,60, Gassen 143,88, Sensburg 140,76, Schwaan 136,34, Jork 135,85, Königsberg i. d. Neum. 133,43, Lichtenstein-Callnberg 115,16, Zäckerick 113,96, Brandenburg 108,50, Soldin 106,24, Schweidnitz 93,61, Hötensleben 96,16, Gottesberg 68,28, Aulsleben 73,96, Rothenburg i. d. Oberl. 64,50, Aulsleben 48,71, Schillingsfürst 42,35, Gr.-Freden 22,70, Jakobshagen 20, Osmünde 8,04, Märzdorf 2,10, Hamburg 15 057,57, Augsburg 2674,01, Delmenhorst 1432,89, Oberhausen 1155,74, Osterholz-Scharmbeck 1050,15, Gera 708,10, Freienwalde 661,38, Walsrode 614,65, Rathenow 527,03, Leer 547,10, Saalfeld 543,50, Schmiedeberg 487,86, Sprottau 464,27, Oschatz 476,48, Teltow 397,16, Itzehoe 362,18, Warnemünde 330,14, Amberg 312,68, Heidenheim 324,32, Sonderburg 120,79, Liebenstein 296,70, Mühlhorst 286,76, Muskau 282,82, Pfarrkirchen 233,44, Greifswald 243,97, Schöpfurth 224,37, Reichenbach i. V. 208,57, Königswusterhausen 180,04, Teupitz 199,24, Langenstein 174,56, Soest 174,92, Plettenberg 164,44, Biesenthal 127,09, Lochau 125,33, Kyritz 102,90, Lohr 104,88, Greifenberg 97,68, Geisenheim 83,45, Ihrhove 85,28, Mitow 74,18, Bielefeld 63,45, Bilshofen 46,08, Arendsee 50,72, Neustadt i. M. 43,37, Belzig 34,50, Misdroy 18,04, Dresden 17819,95, Halle 4155,87, Ludwigslust 4,50, Cöln 4631,29, Mainz 3580, Bremerhaven 1711,60, Wurzen 1338,75, St. Johann 988,47, Göttingen 1072,36, Freiberg i. S. 1059,40, Remscheid 969,54, Mittweida 960,57, Neuruppin 776,33, Senftenberg 726,71, Sonneberg 669,28, Offenburg 649,49, Templin 524,10, Bernau 489,90, Ochsenzoll 474,21, Wittenberg 433,11, Hildesheim 381,46, Sagan 423,03, Wasungen 394,47, Woldegk 372,45, Gotha 350,70, Forchheim 351,24, Arnswalde 318,04, Bansin 254,20, Gr.-Wudicke 258,08, Freiburg i. Schl. 246,70, Pasewalk 242,25, Quickborn 220,64, Dargun 224,14, Garz a. Rügen 210,30, Horst 196,67, Greene 204,16, Lippstadt 185,25, Weißwasser 157,24, Eckernförde 161,06, Oberhone 126,16, Blankenburg 94,78, Ulsen 90,30, Plattling 63,74, Althaldensleben 24, Nehungen 21,48, Korbach 21,80, Mainz 3,05, Alt-Glienicke 1,80, Niedergebra 1.

b) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Cöln.

München M. 1, Borna 5,20, Graudenz 12, Luckenwalde 3, Reichenbach i. Schl. 4, Reichensachsen 6, Gummersbach 4, Wolfenbüttel 4, Stransberg 3, Dzielau 7, Schwerin 2, Artern 3, Weißenfels 1, Glesien 5, Aue 3, Primkenau 1, Spremberg 25, Eisfeld 1, Regensburg 4, Poppenlauer 1, Niemegk 3, Göttingen 3, Großenhain 16, Erkner 3, Lübben 1, Markgrafpieske 3, Marne 6, Güstebiese 3, Trebitz 4, Seyda 3, Parchim 1, Krausnick 1, Nauen 4, Düren 1,60, Lützen 3, Neiße 5, Düben 4, Croppenstedt 1, Tribsees 1, Gräfenhainichen 13, Lausigk 1, Wesel 1, Stade 3, Finsterwalde 3, Meiningen 6, Trebbin 7, Cüstrin 1,50, Ulm 7, Saarmund 3, Coburg 4, Wiesenburg 1, Oranienburg 3, Lehrte 3, Northeim 3, Wilsnack 4, Rosenheim 4, Gützow 1, Werneuchen 3, Neubukow 1, Jessen 3, Lambrecht 3, Vietz 1, Mühlenbeck 8, Joachimsthal 1, Cammin 1, Lüchow 2, Waldkirch 6, Dresden 3, Oppeln 5, Cottbus 4, Schwabach 6, Lübbenau 1, Rheinsberg 3, Ellrich 11,80, Rötha 5, Bonn 3, Sülze 1, Sommerfeld 4, Hohensalza 1, Laage i. M. 1, Groß-Freden 1, Märzdorf 4, Walsrode 10, Delmenhorst 1, Osterholz-Scharmbeck 4, Freienwalde 3, Leer 3, Sonderburg 2, Liebenstein 2, Langenstein 1,80, Cöln 2, Wurzen 1, Sonneberg 10, Templin 4, Bernau 6, Ochsenzoll 12, Forchheim 1, Bansin 1, Pasewalk 1, Weißwasser 1.

c) Für Futterale.

München M. 20, Spremberg 5, Bautzen 10, Graudenz 5, Norden 2, Reutlingen 5, Gummersbach 5, Hemmigsdorf 1, Frankenhausen (Kyffh.) 2, Schwartau 2, Schneeberg 2, Leisnig 1, Gollnow 1, Leuthamnsdorf 1, Annaberg 6, Crossen 2, Großenhain 3, Lübben 2, Ribnitz 2, Teschendorf 1, Aken 1,50, Storkow 2,50, Netzschkau 3, Krausnick 2, Düren 1,50, Wilster 1, Tessin 1, Wesel 1,40, Grabow 2, Wegesack 2, Eisleben 5, Thorn 2, Meiningen 2, Gelsenkirchen 10, Goßlershausen 2, Oranienburg 5, Rosenheim 3, Gr.-Kreutz 2, Traunstein 5, Jessen 2, Kempten 10, Vietz 1, Herzogenaurach 1, Festenberg 2, Jüterbog 2, Oppeln 5, Lübbenau 2, Mühlhausen i. Elf. 2, Ellrich 3,10, Stolberg 2,40, Woischnick 4,80, Alt-Cosel 5, Soldin 2, Schweidnitz 2,50, Augsburg 20, Osterholz-Scharmbeck 2, Freienwalde 2,50, Liebenstein 1,50, Schöpfurth —,50, Halle 5, St. Johann 20, Mittweida 3, Sonneberg 4,70, Bernau 5, Wittenberg 2,50, Hildesheim 5, Sagan 1,50, Forchheim 2,50, Bansin 1, Lippstadt 3, Plattling 4.

d) Für Kalender.

Harburg M. 100, München 600, Pforzheim 100, Bautzen 75, Borna 25, Graudenz 20, Hadersleben 15, Anklam 12,50, Luckenwalde 25, Erdeborn 8, Schackensleben 10, Aschersleben 15, Frankenhausen a. Kyffh. 15, Bahn 20, Burgdorf 7,50, Aue 10, Arneburg 7,50, Bergedorf 12,50, Memmingen 35, Eisfeld 5, Brandenburg 30, Bochum 175, Markgrafpieske 10, Fürstenberg 11, Ribnitz 25, Alt-Rahlstedt 10, Plaue a. d. H. 7,50, Schivelbein 7,50, Hagen 100, Trebitz 10, Düben 17,50, Pritzerbe 10, Ahrensböck 15, Grimmen 7,50, Würzburg 50, Münden 7,50, Holtenau 20, Colditz 12,50, Meiningen 25, Gelsenkirchen 150, Coburg 10, Bramsche 12,50, Lehrte 15, Hilden 20, Mühlenbeck 5, Cammin 7,50, Wittenberge 12,50, Heilbronn 25, Sorau 10, Danzig 150, Neuhaldensleben 7,50, Walkenried 12,50, Oeynhausen 30, Lübbenau 10, Brandis 10, Gottesberg 7,50, Lörrach 25, Uelzen 25, Cöslin 11, Hermsdorf i. d. M. 10, Schleswig 10, Tangermünde 5, Rathenow 25, Schmiedeberg 20, Sprottau 15, Amberg 15, Mühlhorf 12,50, Pfarrkirchen 10, Königswusterhausen 25, Kyritz 9, Geisenheim 12,50, Cöln 200, St. Johann 100, Senftenberg 25, Sonneberg 7, Templin 25, Bernau 20, Ochsenzoll 15, Wittenberg (Bez. Halle) 12,50, Hildesheim 50, Quickborn 10, Horst 12,50, Lippstadt 7,50, Weißwasser 7,50, Eckernförde 5, Penzlin 10.

e) „Mahnwort".

Annaberg M. 2,70, Hennigsdorf 2,25, Lychen 2,50, Schwartau —,45, Lübben 1,50, Wilster —,80, Nauen 2,50, Kelbra —,50, Menselwitz 1, Unna 2,50, Wannsee 2,50, Schweidnitz 3, Augsburg 25, Pfarrkirchen 2,50, Sagan 5,50, Horst —,50, Greene —,50.

f) Arbeit und Kultur.

Rotenburg i. Hann., Verden, Plau, Wegesack, Lüchow je M. 1,50, Delmenhorst 3, Jena 4,50, Freiberg i. S. 3.

g) Ende des Reichs.

Singen, Hagen, Riesa, Großenhain, Cöln, Freiberg i. S. je M. 2,50.

h) Bericht der Bauarbeiterschutzkommission.

München, Anklam, Calefeld, Schwartau, Paaren, Roth a. S., Colbitz, Burtehude, Sonnenburg, Fraustadt, Friedrichroda, Buckow, Rotenburg i. Hann., Regensburg, Niemegk, Hagen, Hörde, Schwerin i. M., Wilster, Seyda, Nauen, Lützen, Penzlin, Croppenstedt, Langenöls, Letschin, Plau, Oelsnitz, Swinemünde, Trebbin, Lehrte, Northeim, Schönhausen, Lambrecht, Vietz, Herzogenaurach, Hessen, Jüterbog, Unna, Oppeln, Heide, Langelsheim, Lübbenau, Wannsee, Hohensalza, Krebsjauche, Laage i. M. Schweidnitz, Hötensleben, Gr.-Freden, Osterholz-Scharmbeck, Sprottau, Pfarrkirchen, Königswusterhausen, Bielefeld, Neuruppin, Templin, Hildesheim, Woldegk, Forchheim, Bansin, Weißwasser, Oberhone, Plattling je 70 ₰, Lahr, Duisburg, Wilsnack, Cammin, Cottbus je 75 ₰, Wurzen M. 1,45, Gotha 1,40, Alt-Glienicke 1,45.

i) Lohntarif und Tarifverträge.

Rotenburg i. Hann., Buckow, Preetz, Graudenz, Werdau, Eilenburg, Westerland, Sonnenburg, Wesenberg, Niemegk, Poppenhauer, Markgrafpieske, Trebitz, Krausnick, Neu-Langsow, Neiße, Croppenstedt, Plau, Feldberg, Grimmen, Jena, Wilsnack, Jessen, Bernsdorf, Vietz, Hamm, Simbach, Lübbenau, Wannsee, Krebsjauche, Laage, Schweidnitz, Hötensleben, Timmenrode, Sprottau, Teltow, Bilshofen, Cöln, Bernau, Gotha, Bansin Billingen je M. 5.

Abrechnungen für das dritte Quartal 1907 wurden vom 15. bis 21. Oktober aus folgenden Zweigvereinen eingesandt: Aichach, Aken, Allendorf, Rüstedt, Alt-Cosel, Altdamm, Altdorf, Althaldensleben, Alt-Rahlstedt, Amberg, Annaburg, Antonienhütte, Arendsee, Arnswalde, Augsburg, Auleben, Aschaffenburg, Ahrweiler, Bahn, Bansin, Barth, Bautzen, Belzig, Bernburg, Bernsdorf, Bielefeld, Biere, Biesental, Birnbaum, Blankenburg a. H., Blankenburg i. Th., Blotzheim, Bochum, Boizenburg, Boock, Bramsche, Brandenburg, Braunschweig, Breslau, Bublitz, Brunshaupten, Brüssow, Bunzlau, Bürgel, Burgstädt, Bützow, Bernau, Brandis, Bremerhaven, Borna, Barby, Bergen, Bornhöved, Bremen, Calbe Calefeld, Cammin, Chemnitz, Clötze, Colberg, Colditz, Colmar i. Els., Cottbus, Croppenstedt, Crossen, Cüstrin, Danzig, Dargun, Delmenhorst, Deutsch Ehlau, Dießen, Ditzum, Dresden, Düben, Dühringshof, Duisburg, Düren, Dzielau, Dortmund, Ebingen, Ebstorf, Eilenburg, Eisleben, Ellrich, Erdeborn, Erkner, Eckernförde, Eichhof, Elsterberg, Emmendingen, Fackenburg, Falkenstein, Fallersleben, Fehrbellin, Feldberg, Festenberg, Fiddichow, Finsterwalde, Freiberg i. S., Freiburg i. Br., Freystadt, Freienwalde, Friedland i. M., Friesack, Fürstenberg, Forchheim, Fürstenwalde, Freising, Frieda, Gambach, Gassen, Geisenheim, Gelsenkirchen, Gelenau, Germendorf, Glückstadt, Gnoien, Gorgast, Greifenhagen, Goßlershausen, Gottesberg, Gräfenhainichen, Gransee, Greifenberg, Greifswald, Gredesmühlen, Grimmen, Gr.-Besten, Gr.-Freden, Gr.-Kreutz, Großenhain, Gr.-Schönebeck, Gr.-Wockern, Grünberg i. Schl., Guben, Gützow, Güstebiese, Güstrow, Gützkow, Gr.-Wudicke, Grünberg i. P., Garz a. R., Göttingen, Grimma, Göppingen, Gößnitz, Grömitz, Gusow, Hadmersleben, Hagenow, Hamm, Hammer b. Jatznick, Hammer b. Wilhd., Havelberg, Häfingen, Heide, Heidenheim, Heilbronn, Heinrichswalde, Helmstedt, Hemmoor, Hermsdorf i. d. M., Herne, Herzberg a. H., Herzogenaurach, Hilden, Hohenmölsen, Hohensalza, Holtenau, Hörde, Hildesheim, Hartha, Hagen, Heegermühle, Heikendorf, Hersfeld, Horst, Jakobshagen, Jena, Jessen, Ilmenau, Joachimsthal, Jork, Jüterbog, Ihrhove, Kahla, Kappeln, Kelbra, Kelheim, Kellinghusen, Kempten, Kissingen, Königsberg i. d. Neumark, Königsberg i. Pr., Königsee, Königshütte, Königswusterhausen, Konitz, Krebsjauche, Köpelin, Kyritz, Korbach, Karlsruhe, Ketzin, Lambrecht, Landsberg a. d. W., Langenberg, Langenbielau, Langenöls, Langenstein, Langenwetzendorf, Lassan, Lausigk, Leer, Lemgo, Letschin, Leutenberg, Lieberose, Lichtenstein, Liegnitz, Lochau, Lohr, Lübben, Lübbenau, Lübs, Lübz, Ludwigslust, Lunden, Lychen, Langelsheim, Liebenstein, Lippstadt, Landeshut i. Schles., Luckenwalde, Markgrafpieske, Marne, Märzdorf, Meerane, Meiningen, Meißen, Merseburg, Meuselwitz, Militsch, Milom, Mirow, Misdroy, Mittenwalde, Moorburg, Mühlberg, Mühldorf, Mühlenbeck, Mühlhausen i. Thür., Mülhausen i. Elf., Mittweida, Mainz, Melle, Naunhof, Netzschkau, Neubrandenburg, Neubuckow, Neuburg, Neudamm, Neuhaus, Neu-Langsow, Neusalz, Neustadt i. H., Neustadt i. M., Neustettin, Neuzelle, Niemegk, Norden, Nordhausen, Northeim, Nürnberg, Neuruppin, Oderberg, Oldenburg i. Holst., Osterholz-Scharmbeck, Oels, Oelsnitz, Oranienburg, Ortrand, Oschatz, Osmünde, Osterburg, Osterode i. Pr., Oeynhausen, Oberhone, Ochsenzoll, Offenburg, Osterode a. Harz, Oberfriedersdorf, Obhausen, Paaren, Papenburg, Parchim, Pegau, Penzlin, Pfarrkirchen, Pforzheim, Plattling, Plaue a. d. H., Plettenberg, Pliezhausen, Potsdam, Primkenau, Pritzerbe, Probstzella, Pasewalk, Penig, Peitz, Posen, Quedlinburg, Quickborn, Rastenburg, Rathenow, Ratibor, Rehna, Reinbek, Rennersdorf, Rheine, Rheinsberg, Ribnitz, Riesa, Ronneburg, Roßla a. Harz, Rötha, Rothenburg a. d. Obra, Roxheim, Remscheid, Reichenbach i. V., Rheda, Saarau-Königzell, Saarmund, Sachsa, Sachwitz, Sallgast, Satow, Salzdahlum, Sangerhausen, St. Johann, Schillingsfürst, Schivelbein, Schleiz, Schmiedeberg, Schnelsen, Schönberg, Schönhausen, Schönwalde i. d. Mark, Schöpfurth, Schöppenstedt, Schwabach, Schwandorf, Schwartau, Schwarzenbek, Schwarzenberg, Schwedt, Schweidnitz, Schweinitz, Schwerin, Seddin, Segeberg, Sensburg, Seyda, Singen, Soldin, Solingen, Sommerfeld, Sonderburg, Sonnenburg, Sorau, Sprottau, Stade, Stadtoldendorf, Stargard i. M., Stollberg, Storkow, Strasburg i. W., Sülze, Swinemünde, Sagan, Salzungen, Schkeuditz, Soest, Stargard i. Pommern, Stuttgart, Tambach, Teltow, Teschendorf, Tessin, Teterow, Teupitz, Thorn, Tondern, Torgelow, Traunstein, Trebbin, Treptow a. d. T., Tribsees, Teuchern, Tönning, Ulm, Unna, Ulsen, Ueckermünde, Vandsburg, Wegesack, Betschau, Vietz, Bilshofen, Volksdorf, Waldenburg i. S., Waldkirch, Walsrode, Waltersdorf, Wannsee, Warnemünde, Wedel, Wegeleben, Weimar, Weißenfels, Werdau, Werneuchen, Wesel, Wesenberg, Westerhausen, Wiesbaden, Wiesenburg, Westerland, Wilsnack, Wilster, Wilzen, Wintzingerode, Witten, Wittstock, Witzenhausen, Würzburg, Wurzen, Wittenberg, Woldegk, Weißwasser, Wernesmünde, Westerham, Wildungen, Zäckerick, Zahna, Zarrentin, Zechin, Zehdenick, Zielenzig, Zossen, Zwinge.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Max Zahne-Weimar (Verb.-Nr. 193 082), Fr. Gruslinski-Konitz (475 371), Heinr. Hornburg-Lübeck (62 263), Daniel Trumpke-Breslau (16 356), Ludw. Gerstner-Karlsruhe (170 934), Erwin Maschke-Chemnitz (74 635), Ahlrich Flügel-Papenburg (357 001), Peter Fertig-Mannheim (199 285), Herm. Hause-Roda (296 324), W. Jaschkowitz-Königshütte (355 138), H. Holm-Bremen (15 867), Carl Bäcker-Hagen (217 598), Jos. Hermann-Breslau (56 283), Heinr. Ovens-Tönning (185 134), Wilhelm Trelka-Berlin (280 102), Joh. Hänselars-Düsseldorf (309 281), Mart. Dallmeyer-München (263 963), Paul Meller-Posen (43 753), Paul Deichsel-Breslau (16 681), Otto Hellmeier-Hannover (244 242), Herm. Barieskie-Hamburg (77 845), Herm. Wendt-Meißen (174 672), Karl Hettgen-Werden (223 800), Ernst Döring-Bremerhaven (252 918), Hermann Lange-Spremberg (331 215), Wilh. Osten-Wittenberge (334 684), Alb. Contardo-Kiel (361 089), Herm. Tiedke-Halle (359 373), Matia Bonutto-

Metz (459 206), Santo Bonitto-Metz (459 207), Felixe Bonitto-Metz (459 208), C. Zadagno-Metz (459 209), Battista Gian-Metz (459 210), A. G. Chiozotto-Metz (459 211), Lehnard Grenz-Grandenz (222 933).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37b des Statuts vom Zweigverein Markgrafpiesk: Richard Pätel (Verb.-Nr. 214 491), Otto Lenz (214 490), Fritz Schulz (214 482), Wilhelm Pöschke (214 483); Karlsruhe: Kaspar Klein (218 318), Emil Baumann (286 049); Neudamm: Wilhelm Rode (89 559), Wilhelm Mewi (89 565); Schöpfurth: Wilh. Huwe (170 454), Ernst Engel (170 461), August Heidenreich (170 457); Mainz: Stephan Hartmann (341 341), Matthias Lang (341 340), Wilhelm Neiblinger (41 308).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Lüneburg: Friedrich Bettke, geb. am 18. Januar 1881 zu Lehe (Verb.-Nr. 371 831), Robert Gerlach, geb. am 19. März 1888 zu Altona (200 613), D. Helmes, geb. am 4. Januar 1889 zu Hildesheim (396 864); Winsen a. d. Aller: Aug. Finke (335 427).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen. — **Der Verbandsvorstand.**

Berichte.

Wie über den Maurerverband gelogen wird.

Sozialdemokratische Riesendefraudation. Wie aus Dortmund bereits berichtet wurde, sind in der sozialdemokratischen Gewerkschaftskasse der Maurer in Deutschland große Fehlbeträge entdeckt worden. Es handelt sich nahezu um *M* 100 000. Die Staatsanwaltschaft hat in dieser Defraudationsaffäre die Untersuchung eingeleitet.

Diese Notiz haben wir in den letzten Tagen und Wochen wenigstens zwanzigmal gelesen. Da man es ihr schon von außen ansah, daß sie aus dem Lügenreservoir des Reichsverbandes stammte, so waren wir davon überzeugt, daß es sich hier um eine jener dummdreisten Verleumdungen handelte, die längst das einzige Kampfmittel gegen die unabhängige Arbeiterbewegung geworden sind. Was sollten wir dagegen unternehmen? Man hätte jedem Blatte eine Berichtigung schicken können, aber was hätte das geholfen; in einigen Wochen wäre dieselbe Lügennotiz wieder erschienen. Höchstens hätte man den Ortsnamen gewechselt, oder aus den 100 000 gleich 200 000 gemacht, und wir hätten wieder berichtigen können. Wir konnten auch wohl von der Urteilsfähigkeit unserer Verbandsmitglieder erwarten, daß sie den Schwindel gleich erkennen würden; denn sie hätten sich doch sagen müssen, daß es bei der allgemein und streng durchgeführten vierteljährlichen Abrechnung in unserem Verbande ausgeschlossen ist, daß ein Zweigverein von der Größe Dortmunds, mit etwa 2000 Mitgliedern, *M* 100 000 in seinen Kassen haben kann; denn diese Summe kommt ungefähr der Einnahme von zwei Jahren gleich. Inzwischen haben uns aber recht besorgte Anfragen aus einigen Zweigvereinen gezeigt, daß sich auch unter den Verbandsmitgliedern noch immer solche befinden, die auf jeden reichsverbändlerischen Lügendreck hineinfallen. Wir wollen darum kurz sagen, was an der Sache wahr ist.

Im Juli d. J. hat sich ein Hülfskassierer Kowalski in Dortmund Unterschlagungen in Höhe von annähernd *M* 70 zu schulden kommen lassen. Am 29. Juli wurde er auf Veranlassung der Zweigvereinsleitung verhaftet. Schon damals ging eine Notiz durch die bürgerliche Presse, wonach „der Kassierer des Maurerverbandes verhaftet sei, weil er sich größere Unterschlagungen habe zu schulden kommen lassen". Am 10. September ist dann der betreffende Hülfskassierer zu *M* 30 Geldstrafe verurteilt worden. Das ist die ganze Geschichte. Ein Vorkommnis, wie es in ganz Deutschland bei allen möglichen Kassen alle Tage vorkommt. Daraus kann nur der unserer Organisation einen Vorwurf machen, der um jeden Preis tadeln will. Und zu dieser edlen Garde gehörten nicht nur die notorischen Kostgänger des Reichslügenverbandes, sondern auch fromme Zentrumsorgane. Auf demselben Blatt, aus dem wir die obenstehende Notiz schnitten, stand auf der anderen Seite:

Sächsische Volkszeitung
Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Nun sind wir wirklich begierig, ob die Liebe für Wahrheit und Recht soweit reicht, daß diese Blätter ihre Lügennotiz zurücknehmen, oder ob sich ihre Unabhängigkeit auch in der Loslösung von allen Gesetzen des Anstandes begreift.

Bochum-Langendreer. In der am 12. d. M. im Lokale des Herrn Sproedt abgehaltenen, gut besuchten Mitgliederversammlung referierte der Kollege Obermeier aus Essen über die wirtschaftliche Krise und die Pläne des Unternehmertums. Kollege Obermeier legte der Versammlung in seinem Vortrag klar, wie die Unternehmer, infolge der schlechten Baukonjunktur, alles versuchen, um uns zu schädigen. Er forderte die Versammlung auf, eifrig zu agitieren, bis der letzte Mann dem Zentralverband angehört. Auch ermahnte er die Kollegen, den Extrabeitrag sobald wie möglich zu entrichten; ein Kollege, der seine Verpflichtungen pünktlich erfülle, sei auch der beste Agitator für den Verband. Im zweiten Punkt der Tagesordnung verlas der Kollege Fritz Steinkamp, als Vorsitzender, die Abrechnung vom letzten Quartal. Weiter teilte er den Kollegen das Verhalten des Kollegen Gräb mit, der sich die größten Verstöße gegen den Verband zu schulden kommen ließ. Nicht genug, daß er die Kollegen, die mit ihm zusammen arbeiten, durch sein Verhalten aus der Arbeit treibt, arbeitet er auch direkt gegen unseren Arbeitsvertrag und verleitet die Kollegen zu Ueberstundenarbeit. Hat er selbst doch 36 Stunden hintereinander gearbeitet, ohne den hierfür vereinbarten Lohnaufschlag zu fordern; in einer Lohnzahlungsperiode von 14 Tagen hatte er nicht mehr als 175 Stunden geschafft. Hierüber zu einer Vorstandssitzung eingeladen, um sich zu rechtfertigen, erklärte er, er werde in derselben Weise weiterarbeiten wie bisher. Durch seine Schmarotzerei beim Polier denkt er sich schließlich zum Polier heraufzuarbeiten, aber soweit ist er noch lange nicht und wird es auch wohl nie bringen. Da der Kollege nicht zur Versammlung erschienen war, um sein Verhalten gegen die Organisation zu rechtfertigen, so wurde er fast einstimmig ausgeschlossen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Breslau. Donnerstag, den 10. Oktober, tagte im Königsgrund, Lohestraße, eine Mitgliederversammlung, in der Kollege Silberschmidt aus Berlin einen Vortrag hielt über: „Unsere Aufgaben". Er wies auf die seit einem halben Jahre im Bauberuf eingetretene Krisis hin und erläuterte die Ursache dieser unerfreulichen Erscheinung. Wir hätten vom Jahre 1895 bis jetzt eine gute Baukonjunktur zu verzeichnen gehabt, die auch wiederkommen werde, wenn die Geldknappheit geschwunden sei. Im westfälischen Industriegebiet herrsche zur Zeit ein großer Mangel an Wohnungen, aber die Baukonjunktur sei trotzdem schlecht. Wir hätten in letzter Zeit große Kämpfe zu bestehen gehabt, aber noch größere ständen uns bevor; dies sei daraus ersichtlich, daß sich die Unternehmer ebenfalls zusammengeschlossen und organisiert haben, um den Druck der Arbeiter gegen sie abzuwehren. Alles dies müsse unsere Kollegen immer fester an ihre Organisation ketten und ihnen ein Ansporn sein, daß sie ihren Verbandspflichten nachkommen. Reicher Beifall wurde dem Referenten am Schluß des Vortrages gespendet. In der Diskussion sprachen einige Redner im Sinne des Referenten. Der Gauleiter, Kollege Rösler, wies darauf hin, daß noch in vielen Ortschaften um Breslau herum der Kampf um Lokale zu Versammlungen geführt werden müsse. Es sei nun die Tatsache zu verzeichnen, daß uns unsere eigenen Kollegen den Kampf dadurch erschweren, daß sie in boykottierten Lokalen Feste abhalten und so die Gastwirte noch halsstarriger machen. Dies sei im höchsten Grade verwerflich, und dem Uebel müsse gesteuert werden, indem ein entsprechender Beschluß herbeigeführt werde, wie die Kollegen zu behandeln sind, die boykottierte Lokale besuchen. Es wird beantragt, einen in einem boykottierten Lokal angetroffenen Kollegen mit einer Geldstrafe von *M* 5 zu bestrafen, ihn aber im Wiederholungsfalle aus der Organisation auszuschließen. Kollege Krämer stellte den Antrag, die Geldstrafe von *M* 5 auf *M* 6 zu erhöhen und im Wiederholungsfalle den Ausschluß herbeizuführen. Der Antrag Kramer wurde mit großer Majorität angenommen.

Erlangen. Sonntag, den 13. Oktober, fand im Lokale „Deutscher Hof" eine Mitgliederversammlung statt, zu der unser Gauvorsitzender, Kollege Merkel, anwesend war. Im Verlaufe der Tagesordnung mußten drei Kollegen, Schwab, Stöcker und Müller, zur Rechenschaft gezogen werden, da sie sich haben Handlungen zu schulden kommen lassen, die kraß gegen unsere Organisation verstoßen. Die Versammlung nahm dagegen Stellung. Es wurde beschlossen, den drei Kollegen eine Rüge zu erteilen. Die Kollegen Schwab, Stöcker und Müller seien hiermit ermahnt, in Zukunft derartige Vergehen zu unterlassen, andernfalls gegen sie mit anderen Maßregeln vorgegangen werden müßte. Zugleich ergeht an alle versammlungssäumigen Kollegen die Aufforderung, in Zukunft die Mitgliederversammlungen pünktlich zu besuchen; jeder sollte doch wissen, was bevorsteht.

Goslar. Am 18. Oktober hielt der hiesige Zweigverein eine Generalversammlung ab, die trotz der wichtigen Tagesordnung leider schlecht besucht war. Der Kassierer gab die Abrechnung vom dritten Quartal, die für die Hauptkasse eine Einnahme von *M* 817,52, für die Lokalkasse *M* 99,37 ergab; per Bank belegt sind *M* 325, so daß ein Vermögen für die Lokalkasse von *M* 424,63 zu verzeichnen ist. Alsdann hielt Kollege Barnstorf einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Lage". Darauf wurde der Antrag gestellt, eine Kommission zu wählen, die nach den acht Kollegen, die den Extrabeitrag nicht bezahlen wollen, hingehen und die Kollegen darauf aufmerksam machen soll, daß sie ihrer sämtlichen Rechte am Verband verlustig gehen, wenn sie nicht zahlen.

Konitz. Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 13. Oktober, eine Maurerversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom dritten Quartal. Einnahme für die Hauptkasse *M* 714,60, Ausgabe *M* 163,03, an die Hauptkasse abgeliefert *M* 531,57. Einnahme der Lokalkasse: Bestand vom zweiten Quartal *M* 19,55, Anteil an Eintrittsgeldern usw. *M* 124,28, für 116 Kolportagemarken *M* 11,60. Gesamteinnahme *M* 155,18, Ausgabe *M* 99,96. Somit Kassenbestand *M* 55,22. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Dann hielt der Gauvorsitzende Karl Schwarz einen Vortrag. Er erinnerte die Kollegen an die früheren Zustände in Konitz und führte den Beweis, daß durch die Organisation die Lebenslage der Maurer gehoben worden ist. Er ersuchte die Kollegen, auch fernerhin an dem Ausbau der Organisation mit energischem Fleiße zu arbeiten. Dann werden die Früchte nicht ausbleiben. Reicher Beifall lohnte den Redner. Es wurden darauf die Kollegen Wilh. Kühn und Th. Koße zu Kolporteuren gewählt.

Lüdenscheid. Eine überaus reichhaltige Tagesordnung hatte die am 12. Oktober tagende Generalversammlung des Zweigvereins zu erledigen. Den Quartals- und Kassenbericht erstattete der Kollege Schmidt. Danach ist die Mitgliederzahl von 382 im 2. Quartal auf 469 am Schlusse des 3. Quartals gestiegen. Neuaufnahmen sind 94 und Uebertritte 7 zu verzeichnen. Die meisten Neuaufnahmen hat in diesem Quartal die Zahlstelle Altena mit 34, dann folgt Lüdenscheid mit 32, Werdohl mit 14, Meinerz-Hagen und Halver mit je 7. An Beitragsmarken sind verkauft: 4019 à 55 ₰, 619 à 50 ₰, 35 à 45 ₰ und 244 Marken für Arbeitslose; in Summa 4917. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug *M* 2425,85; die Einnahme der Lokalkasse einschließlich Kassenbestand *M* 189,55, die Ausgabe *M* 566,67, so daß ein Kassenbestand von *M* 1272,88 verbleibt. Es ist hierin ein Zuschuß von *M* 200 von der Gaukasse zur Betreibung der Agitation mit enthalten. Außerdem sind 1312 Extrabeitragsmarken à 50 ₰ = *M* 656 verkauft. Ein großer Teil der Mitglieder ist demnach noch mit den Extrabeiträgen im Rückstande. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Buch ohne vollständige Zahlung des Extrabeitrages ungültig ist. Die Arbeitsgelegenheit hat im Laufe des Quartals im Wolmegebiet stark nachgelassen, dagegen in Lüdenscheid, Altena und Werdohl erheblich zugenommen; dort ist sie noch jetzt sehr gut. Es werden noch stets Maurer eingestellt. Eine Diskussion über den Quartalsbericht und die Abrechnung wurde nicht beliebt; dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Beim zweiten Punkt, Bericht über die am 6. Oktober abgehaltene Zweigvereinskonferenz, entspann sich eine lebhafte, zuletzt allzu lebhafte Diskussion über einen Antrag, wonach die Lokalkasse Mittel zur Betreibung der Agitation zur Verfügung stellen sollte. Ein geringer Teil der Kollegen war der Ansicht, daß, wenn die rückständigen Orte bearbeitet werden sollten, der Haupt- und Gauvorstand die Mittel zur Verfügung stellen müssen. Als darauf hingewiesen wurde, daß von dieser Seite schon Erhebliches geleistet worden sei, erging sich ein Kollege in persönlichen Schimpfereien und Stänkereien, indem er den Kollegen Schmidt in der niederträchtigsten Weise angriff und ihm, gegen besseres Wissen, den Vorwurf machte, daß er ja nur etwas für die Organisation getan habe, nachdem er dafür bezahlt worden sei. Er ersuche die Versammlung, keinen Pfennig für die Agitation zu bewilligen. Zur Ehre der Lüdenscheider Kollegen wollen wir feststellen, daß nicht ein einziger Kollege in der Versammlung diesen Standpunkt teilte. Als Hülfskassierer für den 3. Bezirk wurde Kollege Karl Müller gewählt, zu Delegierten für die am 10. November in Altena tagende Konferenz der Gewerkschaften des Sauer- und Siegerlandes die Kollegen Michael Weigel und Adolf Scheerer. Außerdem sollen Altena und das Volmegebiet je einen Delegierten entsenden. Dann hielt Kollege Pfaffenberg einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Krisis und die Pläne der Unternehmer".

Gau Oberschlesien. Freitag, den 11. Oktober, fand in den Lokalitäten des Gewerkschaftshauses zu Kattowitz eine Konferenz der Zahlstellen- und Zweigvereinsvorstände für den Gau Oberschlesien statt. Es waren 20 Zweigvereine durch 33 Delegierte vertreten. Vom Gauvorstand waren die Kollegen Baude und Benedik und vom Verbandsvorstand Kollege Silberschmidt anwesend. Kollege Baude verlas zunächst ein Schreiben des Zweigvereinsvorstandes aus Oppeln, Gau Breslau, an den Verbandsvorstand, das von den Delegierten mit der größten Entrüstung entgegengenommen wurde. In der Diskussion wurden Punkt für Punkt widerlegt und Beweise erbracht, die das Gegenteil von dem ergaben, was in dem Schreiben behauptet wurde. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß, wenn wir weiteren Reibungen aus dem Wege gehen wollten, beim Verbandsvorstand zu beantragen sei, daß der Zweigverein Oppeln, der vorläufig dem Gau Breslau angehört, dem Gau Oberschlesien zugeteilt werde, da festgestellt wurde, daß über 800 Oppelner Kollegen im oberschlesischen Industriegebiet Beschäftigung nehmen, und uns dann in Verbandsangelegenheiten die größten Schwierigkeiten machen. Es wurde ein weiterer Antrag gestellt, der besagt, daß die Zabrzer Resolution in ihrer ganzen Form aufrechterhalten bleibt. Ferner soll sich der Zweigvereinsvorstand aus Oppeln mit dem Verbandsvorstand in Verbindung setzen und alle Irrtümer, die das Schreiben enthält, richtig stellen. Zu diesem Punkt nahm noch Kollege Silberschmidt das Wort. Er gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß laut Statut die Oppelner Kollegen, soweit sie hier beschäftigt sind, verpflichtet seien, ihre Beiträge zu zahlen. Bezüglich der Zuteilung des Zweigvereins Oppeln zum Gau Oberschlesien meint Silberschmidt, daß der Verbandsvorstand zunächst die Streitfragen prüfen muß, bevor er dazu seine Zustimmung gibt. Bezüglich Erhebung der Extrasteuer für 1908 ergriff Kollege Baude zunächst das Wort und führte aus, daß wir über 50 pZt. Kollegen zu verzeichnen haben werden, die dies Jahr mit ihren Extrabeiträgen im Rückstande bleiben werden. Es sei daher notwendig, daß wir uns darüber klar würden, welche Stellung wir zu dieser Angelegenheit nehmen wollten. In der Diskussion wurde betont, daß die Beschlüsse der letzten Konferenz voll zur Geltung gebracht werden müßten. Es wurden ferner Anträge gestellt, wonach von jetzt ab die neu aufzunehmenden Kollegen in drei Gruppen eingeteilt werden sollen. Die Kollegen unter 20 Jahren und vom Militär entlassenen haben ein Eintrittsgeld von *M* 1,05 zu zahlen, das heißt für Eintrittsgeld mit Beitragsmarke und Futteral. Ferner die Kollegen, die über 20 Jahre alt sind, haben für Eintritt und Extrabeitrag zusammen *M* 5,05 zu zahlen. Die Kollegen, die schon im Verbande waren, haben ein Eintrittsgeld von *M* 1,50, 9 Beitragswochen zu 45 ₰ und eine Beitragsmarke für die laufende Woche, zusammen *M* 6, zu zahlen. Alle Anträge wurden einstimmig angenommen. Kollege Silberschmidt ergriff noch zu diesem Punkt das Wort und führte aus, daß mit Rücksicht auf die Erfolge, die wir durch die Organisation erzielt haben, und in Anbetracht der großen Kämpfe, denen wir gegenüberstehen, es die heiligste Pflicht der Delegierten sei, dafür Sorge zu tragen, daß die Beschlüsse voll durchgeführt würden. Zum Punkt der Tagesordnung: „Der Kampf um mehr Bauarbeiterschutz", bespricht Kollege Baude die Bauarbeiterschutzausstellung in Breslau und teilt mit, daß dieselbe durch elf Delegierte aus unseren Zweigvereinen besucht wurde. Die Delegierten haben die Pflicht, an den größeren Orten Oberschlesiens sich mit den Kartellen in Verbindung zu setzen und die Bauarbeiterschutzfrage überall auf die Tagesordnung zu setzen. Nach einer eingehenden und sachlichen Debatte gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „In Erwägung, daß der Kampf für

Bauarbeiterschutz energischer als bisher geführt werden muß, beschließt die am 11. Oktober 1907 in Kattowitz tagende Konferenz der Zweigvereine Oberschlesiens, die Zweigvereine in Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte und Zabrze werden beauftragt, mit den übrigen Berufsgenossen im Baugewerbe und den örtlichen Gewerkschaftskartellen „zwecks Gründung von Bauarbeiterschutzkommissionen" in Verbindung zu treten. Es ist dringend nötig, daß jährlich in den Monaten April, August und November Erhebungen über Mißstände auf den Bauten vorgenommen werden. Die Konferenz beschließt ferner, daß zu den Unkosten der Bauarbeiterschutzkommissionen von den Zweigvereinen in den Landkreisen 10 ₰ pro Mitglied und Quartal an den Gauvorstand abzuliefern sind." Es wurde hierauf die Lokalfrage in Oberschlesien und deren Unterhaltungskosten besprochen. Zunächst schilderte Kollege Baude den augenblicklichen Stand der oberschlesischen Gewerkschaftslokale, woraus zu ersehen war, daß die Verträge in Sachen unserer Gewerkschaftslokale bald ihre Gültigkeit verlieren werden. Die Zeit sei aber auch gekommen, wo Oberschlesien sich in dieser Frage auf eigene Füße stellen müsse, da die Zeiten vorbei sind, wo wir immer die Mittel zu deren Unterhaltung von auswärts erhalten haben. In seinen weiteren Ausführungen machte Baude den Vorschlag, in Zukunft eine Lokalmarke, pro Monat und Mitglied 10 ₰, einzuführen. Zum Schluß hielt Kollege Silberschmidt einen längeren Vortrag über: „Agitation und Organisation". Nach einem warmen Appell an die Delegierten, das Gehörte zu beherzigen und in diesem Sinne zu wirken, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Siegerland. (Situationsbericht.) Im Reiche des Herrn Dr. Stöcker hatte es den Anschein, als ob unsere Organisation von den „Christlichsozialen" erdrückt werden sollte. In dem frommen Siegerland, wo alles christlichsozial ist, ist es überhaupt schwer, die Arbeiter zu organisieren, zumal, sie für die freien Verbände zu gewinnen. Nach der Lohnbewegung im vergangenen Jahre hat sich auch ein großer Teil der vorher bei uns organisierten Maurer dem christlichen Verbande angeschlossen. Das ist begreiflich, wenn man beachtet, daß die „Christlichsozialen" in allen Veranstaltungen von der sozialistischen Gefahr schwärmen, und „Das Volk" von jeder Versammlung berichten muß: „Es war dem Referenten leicht, die Ausführungen des Herrn von der Gegenpartei oder des „Genossen" zu widerlegen." Die „Christlichen" mögen wohl auch geträumt haben, der „rote Verband" würde bald beseitigt sein. Nach der Meinung Hillenbrands „stolperten" bloß noch zwölf Genossen „im Siegerlande herum". Die Zahl ist allerdings zehnmal so groß geworden, und es wird auch in der Zukunft möglich sein, stabilere Verhältnisse hier zu schaffen. Die Christen wurden aus der schönsten Träumerei gerissen, als Ende Juni ein Kollege in Siegen Arbeit annahm, der sich die Wiederaufrichtung der Organisation zur Aufgabe gemacht hatte. Gleich auf der ersten Arbeitsstelle wurde er mit aller „Christlichkeit" bedacht; nach dreieinhalbtägiger Arbeit mußte er wieder verschwinden, weil er nach Meinung des ebenfalls christlich organisierten Poliers und des Unternehmers Sch. den Frieden, der ja so tief auf den Gewässern von Siegen ruhte, störte. Sogleich hatte man alles in Bewegung gesetzt, um die rote Gefahr zu verscheuchen. Und die Unternehmer brauchten auch wirklich in den nächsten Tagen keinen Maurer. Jedoch ist dieser Schmerz vorübergegangen. Der Kollege erhielt Arbeit, wo er der Macht der Christen und Scharfmacher entrückt ist. Die Bewegung lag allerdings sehr danieder. Im ersten Quartal wurde mit 44, im zweiten mit 51 Mitgliedern abgerechnet. Davon hatten sehr wenige die Beiträge voll entrichtet. Es gelang noch bei etlichen, sie zu bewegen, die Beiträge nachzuzahlen. Einigen war es bereits zuviel, so daß weitere elf Mitglieder gestrichen werden mußten. Im zweiten Quartal wurden sieben Kollegen neu gewonnen. Beitragsmarken wurden 448 verkauft. Die Gesamteinnahme betrug *M* 221,65, die Gesamtausgabe *M* 229,54, wonach ein Defizit von *M* 7,89 verblieb. Im dritten Quartal sind neu aufgenommen 50 Kollegen, 7 sind von den Christen übergetreten, zugereist sind 63, abgereist 41, zum Militär eingetreten 5 und gestrichen 11; bleibt eine Mitgliederzahl am Schlusse des dritten Quartals von 114. Der Markenverkauf ist gleichfalls gestiegen. Verkauft wurden 782 à 55 ₰, 162 à 50 ₰, 93 à 45 ₰, 30 à 40 ₰, 63 Arbeitslosenmarken, 165 Extramarken à 50 ₰ und 28 à 40 ₰. Eintrittsmarken wurden verkauft 46 à 50 ₰ und 4 à *M* 1,50. Die Gesamteinnahme betrug *M* 706,40, die Gesamtausgabe *M* 693,83, das ergibt einen Ueberschuß von *M* 12,57. Der Einziehung der Extrabeiträge wurde anfangs ein großer Widerstand entgegengesetzt. Einige Kollegen wollten sich absolut nicht dazu verstehen, Extramarken zu kleben, und einige haben es bis heute noch nicht getan. Hoffentlich holen sie das Versäumte in diesem Quartal nach. Versammlungen konnten stattfinden: öffentliche 9, Mitgliederversammlungen 8; Besprechungen und sonstige Sitzungen haben insgesamt 30 stattgefunden. Der Besuch der Versammlungen läßt allerdings auch zu wünschen übrig. Bei der Agitation haben wir vor allen Dingen über Lokalmangel zur Abhaltung von Versammlungen zu klagen. In Geisweid, wo wir glaubten, ein festes Lokal zu haben, hat man uns wieder hinausgeekelt; wir können zwar Besprechungen abhalten, wozu wir ein neues Lokal gewonnen haben. Auch in Weidenau und in einigen anderen Orten stehen uns zu Besprechungen Lokale zur Verfügung, so daß auch hier gegen früher eine Besserung eingetreten ist. Die Behörde gibt sich allerdings nach wie vor Mühe, einschüchternd auf die Wirte einzuwirken. Die Ausdehnung des Zweigvereins hat sich gleichfalls etwas gebessert. In Siegen selbst sind allerdings wenig Mitglieder, nämlich 25, in Geisweid 35, in Niederschelden, wo zu Anfang des zweiten Quartals nur ein Mitglied war, sind es jetzt 15, in Weidenau 10, in Kreuzthal 9, in Neunkirchen 4. In einigen anderen Orten sind ein oder mehrere Mitglieder vorhanden. Im Kreise Olpe sind ebenfalls 13 bis 15 Mitglieder, die dem Zweigverein Marburg angehören. So ist überall das Fundament gelegt, auf dem wir weiterbauen und weitere Erfolge den bisherigen hinzufügen können. Die Arbeitsgelegenheit war fast durchweg günstig, gegenüber anderen Industriegegenden. Wohl hat der Wohnungsbau eine Einschränkung gegen früher erfahren, aber dafür ließen die Eisenwerke zum Teil größere Arbeiten herrichten, so daß sich der Ausfall wieder ausglich. Im Sommer flaute die Arbeitsgelegenheit ab, während sie sich jetzt wieder etwas günstiger gestaltet hat. Aus dem vorliegenden Bericht werden die Kollegen ersehen, daß es etwas vorwärts gegangen ist. Mit dem Erfolge, der bisher aufzuweisen ist, können wir zufrieden sein. Wenn er auch nicht gerade groß und glänzend ist, so ist er doch unter den Verhältnissen, mit denen wir zu kämpfen haben, ganz ermunternd. Aber immerhin hätte der Erfolg größer sein können, wenn jeder sein Teil dazu beigetragen hätte. Obwohl sich einige Kollegen Mühe geben, die Maurer zu organisieren, so ist doch ein großer Teil vorhanden, der sich an der Organisationsarbeit nicht beteiligt. Würde jeder Kollege in dieser Beziehung etwas tätig gewesen sein, so würde die Zahl der Aufgenommenen mindestens doppelt so groß gewesen sein. Mögen die Kollegen acht geben, daß nicht jemand über sie „stolpert"; mögen sie für die Ausbreitung der Organisation so tätig sein, daß dem „Stolperer" mit der Zeit das „Stolpern" verhängnisvoll wird. Möge jeder seine Pflicht tun, dann wird es auch vorwärts gehen!

Wedel. Am 20. Oktober hielt der Zweigverein eine Extraversammlung ab. Die Abrechnung vom dritten Quartal wurde vom Kassierer verlesen und, nachdem die Revisoren ihre Richtigkeit bestätigt hatten, ihm von der Versammlung Entlastung erteilt. Sodann wurde nach ausgiebiger Erörterung beschlossen, von jetzt an nicht mehr mit Unorganisierten zusammenzuarbeiten. Der Kartelldelegierte wies auf den geplanten Unterhaltungsabend mit Rezitationen hin. Beim Punkt „Verschiedenes" wurden einige Kollegen zur Rechenschaft gezogen, die sich etwas zu schulden hatten kommen lassen; dann wurde nach Erledigung minder wichtiger Sachen die Versammlung geschlossen.

Fliesenleger.

Gelsenkirchen. Am 13. Oktober fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Es war unter anderem der Ausschluß des Kollegen Karl Westfahl aus Zehlendorf zu regeln. Westfahl ist im Frühjahr dieses Jahres aus der Sektion der Fliesenleger in Essen wegen Tarifbruchs ausgeschlossen worden. Der Ausschluß ist in Nr. 15 des „Grundstein" vom 20. April d. J. bekannt gegeben. Westfahl ist einige Wochen vor seinem Ausschluß von Essen fortgezogen und hat seine Verbandsbeiträge ruhig weitergezahlt und sich um seinen Ausschluß nicht bekümmert, obgleich er den Ausschlußbericht im „Grundstein" gelesen hat. Vor einigen Wochen hat W. hier Arbeit angenommen, und ist von Kollegen, die ihn kannten, zur Rede gestellt worden. Er gab an, zu unrecht ausgeschlossen worden zu sein, da er sich vor dem Ausschluß persönlich abgemeldet habe. In der darauf folgenden Versammlung der Fliesenleger Gelsenkirchens war Westfahl anwesend und hat das, was seinen Ausschluß herbeiführte, zugegeben; er wünsche aber, ihn trotzdem als Mitglied anzuerkennen und diese Sache für ihn zu regeln. Der Vorstand hat sich dann an die Essener Kollegen gewandt. Diese halten den Ausschluß aufrecht, weil Westfahl von Essener Kollegen wegen seiner Handlung gewarnt worden ist. Der Kollege Westfahl arbeitet zur Zeit in Erfurt als Fliesenleger. Wir können ihm nur den Rat geben, sich an den Verbandsausschuß zu wenden, oder beim Essener Zweigverein den Antrag auf Wiederaufnahme zu stellen. Ein Kollege machte noch darauf aufmerksam, daß der Maurerpolier Jakob Theis aus Eitel-Wanne, Kaiserstr. 19, im Geschäft Westhof & Frie in Wanne gewesen ist und die Fliesenlegerarbeiten unter Tarif hat annehmen wollen. Da Herr Westhof ein Ehrenmann ist, der den Tarif stets innehält und keine Pfuscher in seinem Geschäft duldet, so ist der gewesene Maurerpolier abgewiesen worden. Der Vorsitzende machte noch auf die Extrabeiträge aufmerksam. Bei der nächsten Abrechnung werden die Namen der Kollegen verlesen, die mit dem Extrabeitrag im Rückstand sind.

Französischer Bauarbeiterverband.

Jr. Die junge Organisation der Bauarbeiter aller Berufe, die am 1. Juli dieses Jahres ins Leben trat, macht gewaltige Fortschritte. Die Zahl der angeschlossenen Syndikate beträgt 182 und hat sich also in dem kurzen Zeitraum mehr als verdoppelt; die Mitgliederzahl beträgt jetzt ungefähr 22 000 gegen etwa 12—14 000, die die Syndikate der einzelnen Berufsorganisationen früher zählten. Die Arbeiten der Zentrale sind dadurch so gewachsen, daß drei Beamte angestellt werden mußten, die jedoch bald nicht mehr genügen werden. Es ist anzuerkennen, daß die Leitung der Organisation alles tut, um die Entwicklung der jungen Organisation zu fördern. Sie hat jetzt größere Agitationstouren in allen Provinzen Frankreichs organisiert, und in diesem Monat wurde von der fälligen Nummer des „Travailleur du Bâtimert", dem monatlich erscheinenden Organ der Organisation, eine besondere Agitationsnummer in 20 000 Exemplaren herausgegeben. Auch mehrere Streiks von größerer Ausdehnung, so den der Pariser Zimmerer, hat sie erfolgreich geführt.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 13. bis 19. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Beeltz i. d. M. *M* 450, Halle a. d. S. 400, Memel 350, Wittenberge 340,04, Mannheim 300, Neu-Ruppin 300, Nieleben 250, Brandenburg a. d. H. 250, Werder a. d. H. 250, Eggersdorf 250, Hennigsdorf 225, Annaburg (Bez. Halle) 200, Elbing 200, Frankfurt a. M. 200, Herzberg a. d. Elster 200, Oranienburg 200, Guxhagen 197,70, Rudolstadt 195, Golzow 194,60, Gatzen 180, Würzburg 166,97, Seyda 170, Meiersberg 150, Schweinitz a. d. E. 150, Fessenberg 150, Hagen i. W. 150, Reinickendorf 150, Reinbek 142,50, Gebesee 150, Groß-Neuendorf 120, Wittenau 200, Uelzen 100, Straßburg i. E. 100, Stockelsdorf 100, Netra 100, Quedlinburg 100, Doberan i. M. 100, Neu-Langsow 100, Langensalza 100, Lüneburg 100, Trebitsch i. d. Neum. 100, Luckenwalde 100, Wensickendorf 100, Bunzlau 100, Bargteheide 90, Heidelberg 88,28, Münster (Oberlahnkreis) 80,50, Lorgelow 75, Albensleben 75, Kirchwärder 70,65, Bürgstadt 50, Pasewalk 50, Lindow i. d. M. 50, Hohenkrug 50, Völksen a. Deister 50, Velten i. d. Mark 50, Neuhaus a. d. E. 33,15, Lengerich i. W. 30. Summa *M* 8974,39.

Zuschüsse erhielten: Magdeburg *M* 200, Hörde 150, Eppelheim 100, Geußnitz 100. Summa *M* 550.

Altona, den 19. Oktober 1907.

Karl Reiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Flensburg. Am 12. Oktober, Nachmittags 4¼ Uhr, fand der Bauarbeiter Jens Traulsen aus Dänemark seinen Tod durch eine von der dritten Etage heruntergeworfene Latte. Ein Lehrling war oben damit beschäftigt, Netzriegel und Latten nach unten zu werfen, wobei dieser Unglücksfall passierte. Die Untersuchung soll zeigen, wer der Schuldige ist. Unseres Erachtens der, der dem Lehrling den blödsinnigen Auftrag zu dem Hinunterwerfen des Holzes gab.

Horstmar. Am 16. Oktober wurde der Maurer Ernst Göttsche durch einen herabfallenden Netzriegel so schwer am Kopfe verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Schuld an diesem Unglück ist auf das mit frevelhaftem Leichtsinn begonnene Abrüsten zurückzuführen. Diese Arbeit wurde nämlich von einem Lehrling, und zwar ohne jede Sicherheitsvorrichtung gemacht. Der Stukkateurmeister, der den Lehrling mit dieser zweifellos sehr gefährlichen Arbeit beauftragte, und der Polier, der die Ausführung der Arbeit nicht hinderte, müssen jedenfalls als Urheber des Unglücksfalles betrachtet und zur Verantwortung gezogen werden.

Königsberg. Auf dem Neubau des Unternehmers Waloschkowski wird überhand gemauert. Dadurch fiel in der vorigen Woche Kollege Fischer aus der dritten Etage hinunter und direkt auf die Straße. Er ist nach zwei Tagen an den Folgen des Unfalles gestorben. Diesen Unfall hat unbedingt der Unternehmer verschuldet, indem er es unterlassen hat, die notwendigen Schutzvorrichtungen anbringen zu lassen. Auch die hiesige Behörde ist nicht von Schuld freizusprechen. In unzähligen Fällen hat die hiesige Bauarbeiterschutzkommission die Behörde auf die mangelhaften Schutzvorrichtungen hingewiesen und Abhülfe verlangt. An der Hand photographischer Aufnahmen sind der Behörde geradezu gemeingefährliche Rüstungen gezeigt; trotzdem ist nichts von Belang gebessert worden. Bei einer ausreichenden Kontrolle wäre der Unfall nicht in diesem Maße möglich gewesen. Vielleicht trägt dieser Unfall dazu bei, daß die Behörde dem Bauarbeiterschutz etwas mehr Aufmerksamkeit schenkt als bisher. Die hiesige Tierschutzkommission hat leichteres Arbeiten, deren Angestellte laufen schon mit Uniform und Degen herum.

* **Hauseinsturz in Stuttgart.** Am 15. Oktober hat sich in den Nachmittagsstunden ein schweres Unglück ereignet. An der Stelle, wo in Stuttgart früher die Bezirkskaserne stand, werden zur Zeit mehrere Neubauten aufgeführt. Einer davon, an der kleinen Königstraße gelegen, war im Rohbau fertiggestellt. Es war ein Massivbau, dessen Decken aus Beton hergestellt waren. Von diesem Bau stürzte an dem genannten Tage 3¾ Uhr, kurz vor der Vesperpause, der mittlere Teil mit donnerähnlichem Krachen zusammen. Die oberen Decken in ihrer schweren Beton- und Eisenkonstruktion stürzten zuerst und durchschlugen dann alle Stockwerke bis unten im Erdgeschoß. Der Bau war mit vielen Arbeitern besetzt, von denen natürlich viele Verletzungen erlitten. Gleich nach dem Unfall wurde festgestellt, daß eine Anzahl Arbeiter unter den Trümmern begraben liegen mußten. Während die leichter Verletzten gleich in einer Bude des Bauplatzes verbunden wurden, ging man an das schwierige Rettungswerk. Die Verschütteten stießen oft schreckliche Schmerzensschreie aus, den Rettern damit den Weg weisend, wo zuerst angegriffen werden mußte. Bei den Arbeiten war die Feuerwehr, die Sanitätskolonne und ein Teil der Schutzmannschaft beschäftigt. Sie alle hatten entsetzlich schwere Arbeit, denn der Unglücksplatz bildete ein wirres Gemisch von Stein-, Beton- und Holzmassen, das durch die verbogenen Eisenträger zu einem schier unentwirrbaren Knäuel gemacht wurde. Oft mußten erst Eisenteile durchsägt werden, ehe man vordringen konnte. Man zog dann nacheinander sechs Arbeiter hervor, von denen zwei tot waren. Von den vier Lebenden starb einer gleich nach seiner Auffindung. Als man der Dunkelheit wegen die Rettungsarbeiten einstellen mußte, fehlte noch ein Arbeiter. Er wurde noch aufgefunden und soweit frei gemacht, daß einer der vielen anwesenden Aerzte den Tod feststellen konnte. Bei der Dunkelheit wäre es zu gefährlich gewesen, noch länger zu arbeiten. Außer den Leichtverwundeten, deren Zahl wohl nicht feststeht, sind **vier Tote** und **drei Schwerverwundete** zu beklagen.

Ueber die Ursachen des Einsturzes kursieren die verschiedensten Gerüchte. Fast allgemein schiebt man die Schuld auf einen Pfeiler, der für die auf ihm ruhende Last der Deckenträger zu schwach gewesen sein soll. Von angeblich gut unterrichteter Seite wird ferner behauptet, daß die bauausführende Firma Bihl & Wolz die Berechnungen zu der Betoneisenkonstruktion, nachdem ihr diese von einer Stuttgarter Firma als zu schwer berechnet erschienen waren, an einen Berliner Unternehmer gab, der den Innenbau ausgeführt hat.

Träfe dies zu, so hätte die Firma Bihl & Wolz und die billige Jakobsfirma aus Berlin die Verantwortung für dies fürchterliche Unglück zu tragen. Als das Wahrscheinlichste wird bezeichnet, daß die eisernen Träger nicht weit genug in das Mauerwerk eingelassen waren und unter der Belastung gewichen sind. Darauf soll auch die ganze Art, wie sich der Einsturz vollzog, hindeuten.

Von unserer Zweigvereinslieferung in Stuttgart wird uns geschrieben, daß der Baukontrolleur noch eine Viertel-

stunde vor dem Einsturz auf dem Bau war und das Anbringen von Schlaudern (Anker) angeordnet habe, weil ihm die Geschichte in den oberen Stockwerken nicht geheuer vorkam. Während der Bauzeit — der Bau wurde am 10. Juli angefangen — sind schon mehrere schwere Unglücksfälle vorgekommen, die sogar das Einschreiten der Berufsgenossenschaft herbeigeführt haben sollen. Worin dies bestand, ist nicht näher bekannt. Der nächst verantwortliche Unternehmer ist ein berüchtigter Akkordant, namens Zerpelloni. Jedenfalls wird man sich den erst einmal vornehmen.

* **Submissionen.** Bei der Ausschreibung von Kanalisationsarbeiten in Pforzheim wurden folgende Gebote abgegeben: Reinwald & Schwehn M. 90 181, Merz M. 78 000, Poff M. 80 767, Nöding & Stober M. 69 445, Schneider & Weker M. 68 873, Maurer & Colli M. 61 802. Veranschlagt war die Arbeit auf M. 67 000.

Aus anderen Berufen.

* **Von der Bergarbeiterbewegung.** Der Streik im Senftenberger Braunkohlenrevier ist ohne Erfolg beendet worden. Es war das verzweifelte Aufbäumen einer unorganisierten Masse. Vielleicht wird die Organisation nun größere Fortschritte machen, so daß es in naher Zukunft möglich ist, mit den dort herrschenden schandbaren Zuständen aufzuräumen.

Im Ruhrrevier ist die Lage ernst geworden. Bei den Verhandlungen über das neue Knappschaftsstatut haben die Zechenbesitzer alle Anträge der Bergarbeiter auf knappschaftliche Verbesserungen zurückgewiesen. Darauf lehnten die Aeltesten das ganze Statut ab. Nun liegt es an der Regierung, ein neues Statut zu schaffen. Man kann dem mit einiger Besorgnis entgegensehen, da der Regierungsvertreter bei den Verhandlungen erklärte, daß die Arbeiter bei einem von der Regierung ausgearbeiteten Knappschaftsstatut keine Verbesserungen erhalten könnten. Die Regierung sei gezwungen, sich bei der Festsetzung der Unterstützungssumme an die Mindestsätze zu halten.

Zu diesen Schwierigkeiten kommt die Absicht der Zechenverwaltungen, die Löhne zu reduzieren, was angesichts der horrenden Kohlenpreise eine frivole Schamlosigkeit wäre. Die „Bergarbeiterzeitung" veröffentlichte bereits einen Aufruf an die Kameraden, in dem gesagt wird, aus mehreren Bezirken seien Nachrichten über vorgekommene Lohnverschlechterungen eingelaufen. Um die Wiederkehr der Lohndrückerei von 1900 zu verhindern, müsse sofort die Oeffentlichkeit auf die Vorgänge im Bergbau aufmerksam gemacht werden. Ueberall seien öffentliche Bergarbeiterversammlungen einzuberufen, und besonders den noch unorganisierten Kameraden sei klar zu machen, was auf dem Spiele stehe.

Polizei und Gerichte.

* **Ein Verbandsfunktionär vor dem Kriegsgericht.** Vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle hatte sich der Kollege Möderake aus Schmeidritz bei Bitterfeld zu verantworten. Gelegentlich seiner letzten vierzehntägigen Uebung im Juli d. J. bei dem Artillerie-Regiment Nr. 40 in Burg hatte er Sonntagsurlaub bekommen. Er ist Vorsitzender der Zahlstelle unseres Verbandes in Glesien und Schmeidritz und ging mit Soldatenhose, Jackett und Hut bekleidet in das Arbeiterkasino, um seinem Schwager, dem Maurer Kreuzmann, mitzuteilen, daß dieser sein Korn vom Felde hereinhole. Der Aufenthalt in dem Lokale hatte etwa fünf Minuten gedauert; der Angeklagte hatte seine Bestellung verrichtet, dabei einen Schnitt Bier getrunken und war dann schnell wieder weggegangen, da er am selben Sonntag Nachmittag wieder zur Uebung nach Burg zurück mußte. Bald nach seinem Weggange kamen der Amtsvorsteher und der Oberwachtmeister in das Kasino, wo eine Maurerversammlung stattfinden sollte. Da aber der Einberufer der Versammlung, Möderake, nicht anwesend war, verlangte der Amtsvorsteher, der Einberufer müsse zur Stelle sein, widrigenfalls die Versammlung nicht stattfinden könne. Man schickte zu Möderake. Da dieser aber nicht kommen konnte, weil er zur Uebung bereits wieder abgereist war, verbot der Amtsvorsteher die Versammlung. Möderake sollte nun durch das Betreten des Kasinos als beurlaubter Soldat und durch die Bestellung an seinen Schwager vom Kornhereinholen seine sozialdemokratische Gesinnung betätigt haben. Der Ankläger erblickte in Möderakes Verhalten einen erheblichen Nachteil für die Disziplin, meinte, sozialdemokratische Partei und Maurerverband wären eins und beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte wegen unerlaubten Betretens des Kasinos auf acht Tage Mittelarrest. Der Kollege Möderake wird die acht Tage schon verbüßen müssen, aber ob damit die geschädigte Disziplin wieder geflickt wird?

* **Es war nichts!** Aus Hameln waren drei Kollegen angeklagt, sich gegen den § 153 der G.-O. vergangen zu haben. Sie hatten sich vor der Strafkammer des Landgerichts Hannover zu verantworten. Der Tatbestand lag so: Beim Unternehmer Pracht in Hameln waren Maurer und Bauarbeiter ausgesperrt. Auf einem Bau des Pracht hatte aber der Unternehmer Burkhardt einige Arbeiten zum Schein übernommen, wie Fliesenlegen, Stuckarbeiten usw. Hierbei waren noch verschiedene Maurer beschäftigt. Die Ausgesperrten merkten bald, daß es sich hier nur um eine Schiebung handelte, durch die der aussperrungswütige Pracht schnell noch seine dringendsten Arbeiten fertig bekommen wollte. Das wollten sie selbstverständlich verhindern, und darum gingen sie auf den Neubau und sprachen mit den dort arbeitenden Kollegen. Diese legten dann auch am folgenden Tage die Arbeit nieder.

Sie sollten das nun zum Teil „gemeinschaftlich" und „unter Drohungen" getan haben. Es konnte ihnen aber weder ein gemeinschaftliches Vorgehen beim Beschreiten des Bauplatzes noch die Ausstoßung von Drohungen nachgewiesen werden. Die noch auf dem Bau Beschäftigten haben ihrer Angabe nach selbst empfunden, daß sie für den Aussperrungs-Pracht arbeiteten, und haben deshalb am nächsten Tage die Arbeit niedergelegt. Da wegen „einfachen Hausfriedensbruchs" (sonst ein beliebtes Hintertürchen der Streikjustiz) kein Strafantrag gestellt war, mußte insofern das Verfahren eingestellt werden. Im übrigen erfolgte Freisprechung von der erhobenen Anklage.

Noch ein paar solche Urteile, und die „Arbeitgeberzeitung" wird über Klassenjustiz judizieren!

* **Zur Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes.** Am 10. Oktober stand Kollege W. Schulz-Posen vor dem Schöffengericht in Margonin, um sich wegen Uebertretung der §§ 1 und 12 des Gesetzes vom 12. März 1850 zu verantworten. Schulz hatte Berufung gegen einen Strafbefehl eingelegt, der, wie unsere Leser wissen, ihm vier Wochen Haft einbringen sollte. Die 2¾ Stunden währende Verhandlung war vom kleinstädtischen Geiste getragen. Was hat auch ein Agitator für ein Recht, die Friedhofsstille in Margonin durch seine Anwesenheit zu stören? Aus der Verhandlung lassen wir einiges folgen. Von den geladenen Zeugen gegen Schulz war keiner anwesend. Schulz bestritt, sich schuldig gemacht zu haben, seine Anwesenheit habe einen rein privaten Charakter gehabt, die er nur zur Aufnahme einer Statistik benutzt habe. Daß er mit mehreren Maurern im Bayerschen Lokale zusammentraf, war ein reiner Zufall. Eine Versammlung sei nicht geplant gewesen, auch seien keinerlei Einladungen ergangen; Reden seien ebenfalls nicht gehalten worden, wie dies die Anklage behauptet. Ein Zeuge, der sich zur Zeit auf Wanderschaft befindet, hatte aber in der Vorverhandlung ausgesagt, daß er eingeladen worden sei und daß der Angeklagte über niedere Löhne gesprochen habe; außerdem hatte das Protokoll eine merkwürdige Abfassung, in dem es hieß: „Ich war mit den Ausführungen des Schulz nicht einverstanden, da ich einen auskömmlichen Lohn habe, ich habe Schulz aber nicht widersprochen. Schulz widersprach und hob hervor, daß der erst neunzehnjährige Zeuge solche Ausführungen schwerlich gemacht haben könne; es sei ihm nicht unbekannt, wie solche Protokolle zu stande kämen. Ihm komme es aber darauf auch nicht an, denn er verzichte auf dieses Protokoll aus der Vorverhandlung und halte sich an das Protokoll des Zeugen Kaiser, bei dessen eidlichen Vernehmung er zugegen war. Der Amtsanwalt hob in seinem Plaidoyer hervor, der Angeklagte müsse schwer bestraft werden, es ginge zu weit, daß jeder beliebige Mensch nach Margonin käme und hetze die Arbeiter gegen ihre „Arbeitgeber" auf. Er beantrage wiederum vier Wochen Haft. Schulz erwiderte, daß er mit der Anklage nichts zu tun habe, weil ihm eine Handlung angedichtet würde, von der er nichts wisse. Sollte aber trotzdem angenommen werden, daß das Zusammensein bei einem Schoppen Bier eine Versammlung sei, so weise er darauf hin, daß es sich in diesem Falle nur um eine Berufsbesprechung handele, die sich in keiner Form mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt habe. Der Gesetzgeber habe es auch nicht gewollt, daß derartige Zusammenkünfte anmeldepflichtig seien, wie dieses aus den Urteilen des Reichsgerichts sowie des Kammergerichts hervorgehe. Er müsse sich dagegen verwahren, daß der Herr Amtsanwalt von Hetzereien gesprochen habe. Der § 152 der Reichsgewerbeordnung gestatte es den Arbeitern, sich zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen, mithin könne von einer Verhetzung keine Rede sein. Das Gericht kam nach langer Beratung zur Verurteilung auf Grund der Protokolle aus der Vorverhandlung und verurteilte Schulz zu M 50 Geldstrafe. Gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt.

Eingegangene Schriften.

Die **„Neue Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer), Heft 3 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Prozeß Liebknecht. — Die niederländische Kolonialpolitik und ihre Bekämpfung durch die niederländische Sozialdemokratie. Von W. van Ravesteyn jr. (Rotterdam). — Sozialdemokratische Randbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform. Von Michael Sursky (Petersburg). III. (Schluß.) — Kapitalistischer Sklavenhandel. Von Stephan Heise (Duisburg). — Literarische Rundschau: Ernst Untermann, Dialektisches. Von Friedrich Adler. Edward Stilgebauer, Die Lügner des Lebens. Der Börsenkönig. Von M. H.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M 3,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 ₰.

Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts. Unsere Verbandskollegen weisen wir darauf hin, daß das Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts in Berlin soeben neu erschienen ist. Es wird auf Wunsch an jedermann gratis und franko versandt; auch den Zahlstellen unseres Verbandes ist je ein Exemplar zugegangen.

In dem 160 Seiten starken Büchlein sind alle die Wissensgebiete vertreten, aus denen der Arbeiter Aufklärung, Belehrung und Unterhaltung schöpft. Wir raten daher den Kollegen allerorts, recht regen Gebrauch von dem Büchlein zu machen.

Cabet: **Das Weib, sein unglückliches Schicksal in der gegenwärtigen Gesellschaft, sein Glück in der zukünftigen Gemeinschaft.** Vorwort von Dr. Hugo Lindemann. Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze. 18. Heft. Verlag von M. Ernst, München. Oktav, XI und 20 Seiten, Preis 40 ₰.

Diese kleine Schrift Cabets ist einer der zwölf Briefe eines Kommunisten, die Cabet im Jahre 1841 in Paris erscheinen ließ. Der erste Teil der Schrift schildert das Los des Weibes in der heutigen Gesellschaft, der zweite skizziert ihre Stellung in der zukünftigen.

Die Flächen- und Körperberechnungen von A. Kett. Für Schule und Praxis. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Preis 60 ₰. Verlag Heydemann & Kett, Neustrelitz.

Auflösungen für die Trigonometrie von A. Kett. Zweite verbesserte Auflage. Preis 60 ₰. Verlag Heydemann & Kett, Neustrelitz.

Wer in der Praxis Flächen oder Körper berechnen will, Aufgaben trigonometrischer Art lösen oder sich irgendwie über Einzelheiten in der Mathematik aufklären will, findet in dem Büchlein Antwort auf alle seine Fragen. Für den Techniker oder den, der es werden will, für jeden Bauhandwerker sowie Metallarbeiter sind diese Bücher unentbehrlich.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ₰.)

Dortmund. Am 13. Oktober starb nach schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **J. Dickmann** im Alter von 58 Jahren an Gehirnentzündung.

Filehne. Am 15. Oktober starb nach kurzer Krankheit unser treuer Verbandskollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Franz Koplin** im Alter von 45 Jahren.

Roßla a. H. Am 15. Oktober starb unser treuer Verbandskollege **Gustav Mund** im Alter von 59 Jahren an Herzschlag.

Ruhrort-Neumühl. Am 14. Oktober starb unser Mitglied **Karl Franz** im Alter von 55 Jahren an den Folgen eines Bronchialkatarrhs.

Spandau. Am 9. Oktober starb unser Kollege **Arthur Nölte** im Alter von 19 Jahren an Lungenentzündung.

Trachenberg. Am 17. Oktober starb plötzlich unser Verbandskollege **Paul Nitschke** im Alter von 30 Jahren an den Folgen eines Unfalles.

Ehre ihrem Andenken!

Heilbronn.

Erster Vorsitzender unseres Zweigvereins ist jetzt: **August Frischle** in **Böckingen**, Karlstr. 36. Erster Kassierer: **Gottlob Ganzhorn** in **Heilbronn**, Klostergasse 12. [M. 1,80] **Der Vorstand.**

Einzelmitgliedschaft Mülhausen i. E.

Das **Verbandsbureau** befindet sich vom 1. November an: **Runzstraße 28, am Kartoffelmarkt.**

[M. 1,50] **Der Vorstand.** J. A.: Ph. Wolff.

Neusalz.

Unser Kassierer **Theodor Kliemke** wohnt:

Friedrichstraße 26.

[M. 1,80]. **Der Vorstand.**

Der Kollege **Albert Jünkersfeld** aus **Barmen** wird hierdurch aufgefordert, wegen Todesfalls in der Familie sofort nach Hause zu kommen. Kollegen, denen die Adresse des Genannten bekannt ist, werden ersucht, ihn hierauf aufmerksam zu machen oder die Adresse an den Vorstand des Zweigvereins **Barmen-Elberfeld** mitzuteilen. [M. 1,80]

Der Maurer **Franz Lampe**, geb. am 14. April 1889 zu Abshagen, letztbekannter Aufenthalt Recklinghausen, wird gebeten, seine Adresse dem **Zweigvereinsvorstand** zu **Grimmen** oder seinen Eltern in Abshagen mitzuteilen. [1,20]

Kollegen, denen der Aufenthalt des Maurers **Lucian Dal' Medico**, geb. 6. Juni 1878 zu Brendoli Vincenza, Verb.-Nr. 425 726, bekannt ist, werden gebeten, sofort Nachricht zu geben an **Ph. Wolff,**

[M. 1,50] **Mülhausen i. Els.,** Runzstr. 28.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Freitag, den 25. Oktober.

Forst. Agitationsversammlung. Referent: Wilh. Fritsch.

Sonntag, den 27. Oktober.

Belgern. Nachm. 3 Uhr bei Bräutigam. T.-O.: Quartalsabrechnung.

Nebra. Nachm. 2½ Uhr im „Gasthof zur Burg". Referent: Kollege Koch-Leipzig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr Versammlung für die Germendorfer und Oranienburger Kollegen bei Schümann, Schützenstraße. Referent anwesend.

Sagan. Abends 6 Uhr bei Sander, Fischendorferstraße. Bücher mitbringen!

Schkeuditz. Nachm. 3½ Uhr in Silchmüllers Restaurant.

Templin. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Fermum.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz.

Mittwoch, den 30. Oktober.

Landsberg a. d. W. Abends ½5 Uhr. Referent: W. Fritsche.

Waldheim. Abends 6 Uhr im Restaurant „Grüne Aue". Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 3. November.

Langenweißenborf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.

Nibnitz. Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. T.-O.: Quartalsabrechnung. Bücher mitbringen.

Unterweissbach. Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zur Linde" in Meuselbach. Referent anwesend.

Oeffentliche Maurerversammlung.

Montag, den 28. Oktober.

Rossweln. Abends 6 Uhr im Gasthof „Sächsischer Hof". Referent anwesend

Dienstag, den 5. November.

Eisleben, Bücher sind mitzubringen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 27. Oktober.

Lückenwalde. Nachm. 3 Uhr bei H. Lehmann, Stiftstraße. T.-O.: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Verschiedenes. 3. Kassenangelegenheiten.

Sonntag, den 3. November.

Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im „Volkshaus", Rosinenstr. 3. T.-O.: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Wahl eines Revisors. 3. Kassenangelegenheiten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.